

16. 08. 91

U – Fz – Wi

Gesetzentwurf**der Bundesregierung****Entwurf eines Gesetzes**

**zu der am 29. Juni 1990 beschlossenen Änderung
und den am 29. Juni 1990 beschlossenen Anpassungen
zum Montrealer Protokoll vom 16. September 1987
über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen**

A. Zielsetzung

Schaffung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ratifizierung der am 29. Juni 1990 in London von der Zweiten Vertragsstaatenkonferenz des Montrealer Protokolls beschlossenen Änderung und der beschlossenen Anpassungen zum Montrealer Protokoll vom 16. September 1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (BGBl. 1988 II S. 1014).

Das Montrealer Protokoll hat zum Ziel, Verbrauch und Produktion bestimmter ozonschichtschädigender FCKW und Halone schrittweise einzuschränken.

Die beschlossenen Anpassungen verschärfen die ursprüngliche Regelung des Protokolls – Reduktion um 50% bis 1999 – dahingehend, daß Produktion und Verbrauch der bisher schon vom Montrealer Protokoll erfaßten FCKW und Halone bis zum 1. Januar 2000 stufenweise eingestellt werden müssen. Mit der beschlossenen Änderung des Protokolls werden bislang nicht geregelte ozonschichtzerstörende FCKW und Halone in das Protokoll aufgenommen und einer stufenweisen Einstellung ihrer Produktion und ihres Verbrauchs bis zum Jahre 2000 unterworfen. Als zweites Hauptelement der Änderung wird ein multilateraler Fonds eingeführt, der die Vertragsstaaten, die Entwicklungsländer sind, bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Protokoll unterstützen soll.

Fristablauf: 27. 09. 91

B. Lösung

Zustimmung des Deutschen Bundestages gemäß Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes in Form des vorliegenden Bundesgesetzes.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Für den Bund ergeben sich aufgrund der Änderung des Protokolls Kosten aus der Mitfinanzierung des vorläufigen multilateralen Fonds in Höhe von 22,04 Mio. US-Dollar für die bislang vorgesehene Laufzeit des Fonds von 1991 bis 1993. Dieser Betrag entspricht einem Beitragsanteil der Bundesrepublik Deutschland von 11,02 % des gesamten Fondsvolumens, das nach dem Beitritt Chinas zum Protokoll von 160 auf 200 Mio. US-Dollar erhöht wurde. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

16. 08. 91

U – Fz – Wi

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu der am 29. Juni 1990 beschlossenen Änderung
und den am 29. Juni 1990 beschlossenen Anpassungen
zum Montrealer Protokoll vom 16. September 1987
über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (321) – 235 20 – Oz 1/91

Bonn, den 16. August 1991

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von
der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu der am 29. Juni 1990 beschlossenen Änderung
und den am 29. Juni 1990 beschlossenen Anpassungen zum
Montrealer Protokoll vom 16. September 1987 über Stoffe, die zu einem
Abbau der Ozonschicht führen

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister der Verteidigung
Dr. Stoltenberg

Fristablauf: 27. 09. 91

484/31

Entwurf**Gesetz****zu der am 29. Juni 1990 beschlossenen Änderung und
den am 29. Juni 1990 beschlossenen Anpassungen
zum Montrealer Protokoll vom 16. September 1987
über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen**

Vom

1991

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der von der zweiten Tagung der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls in London am 29. Juni 1990 beschlossenen Änderung und den von der zweiten Tagung der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls in London am 29. Juni 1990 beschlossenen Anpassungen zum Montrealer Protokoll vom 16. September 1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (BGBl. 1988 II S. 1014), wird zugestimmt.

Die Änderung und die Anpassungen werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Änderung des Montrealer Protokolls nach ihrem Artikel 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben. Die Anpassungen des Montrealer Protokolls sind nach Artikel 2 Abs. 9 Buchstabe d des Montrealer Protokolls am 7. März 1991 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft getreten.

Begründung**Zu Artikel 1**

Auf die Änderung und die Anpassungen zum Montrealer Protokoll findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht den Erfordernissen des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes. Nach Absatz 2 ist der Tag, an dem die Änderung des Montrealer Protokolls nach ihrem Artikel 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben. Die Beschlüsse nach Artikel 2 Abs. 9 des Protokolls treten nach Buchstabe d dieser Vorschrift nach Ablauf von 6 Monaten nach dem Tag der Absendung der Mitteilung durch den Verwahrer in Kraft. Die Anpassungen

sind völkerrechtlich somit bereits am 7. März 1991 in Kraft getreten.

Schlußbemerkung

Die Kosten des Beitritts der Bundesrepublik Deutschland zum Wiener Übereinkommen und zum Montrealer Protokoll für die öffentlichen Haushalte, insbesondere für den Bundeshaushalt, sind bereits in den Schlußbemerkungen der entsprechenden Vertragsgesetze dargelegt worden.

Zu den dort getroffenen Kostenaussagen ergeben sich durch die auf der zweiten Tagung der Vertragsstaaten beschlossene Änderung und die beschlossenen Anpassungen folgende Modifikationen:

1. Aus der Aufnahme des Begriffs „Übergangsstoffe“ in Artikel 9 des Montrealer Protokolls („Forschung, Ent-

wicklung, öffentliches Bewußtsein und Informationsaustausch") ergeben sich gegenüber der bisherigen Fassung des Montrealer Protokolls keine zusätzlichen Kosten für die öffentlichen Haushalte, insbesondere für den Bundeshaushalt. Bei den sog. „Übergangsstoffen“ handelt es sich lediglich um eine Untergruppe der bereits in Artikel 9 des geltenden Montrealer Protokolls erwähnten „möglichen Alternativen für geregelte Stoffe“.

2. Durch den neuen Artikel 10 wird ein Finanzierungsmechanismus mit dem Ziel etabliert, Entwicklungsländer mit einem jährlichen Pro-Kopf-Verbrauch von weniger als 0,3 kg ozonschichtschädigender Stoffe bei der Erfüllung und Einhaltung der Reduzierungsverpflichtungen zu unterstützen. Der Finanzierungsmechanismus schließt einen multilateralen Fonds, auf den bilaterale Leistungen in Höhe von maximal 20 % der Beiträge zum Fonds angerechnet werden, ein. Er bietet diesen Entwicklungsländern technische Hilfe und finanzielle Unterstützung zur Kompensation von zusätzlichen Kosten, die bei der FCKW-Substitution entstehen.

Für den vorläufigen multilateralen Fonds wurde eine Laufzeit von drei Jahren (1991–1993) festgelegt. In Folge des Beitritts Chinas zum Montrealer Protokoll wurde während der Dritten Vertragsstaatenkonferenz im Juni 1991 in Nairobi sein vorgesehenes Gesamtvolumen von 160 auf 200 Mio. US-Dollar erhöht. Bei einem Beitritt Indiens zum Protokoll ist eine Erhöhung des Fonds um weitere 40 Mio. US-Dollar vorgesehen. Entsprechend dem Neuberechneten Beitragsschlüssel

für den regulären Haushalt der Vereinten Nationen (deutscher Anteil nach der Wiedervereinigung 9,36 %) und der Beschlußfassung II/8 der Zweiten Vertragsstaatenkonferenz vom 29. Juni 1990 entfällt auf die Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig ein Fondsanteil von ca. 11,02 %, der durch den Beitritt weiterer Staaten zum Protokoll anzupassen ist. Bei einem Fondsvolumen von 200 Mio. US-Dollar resultiert daraus ein deutscher Gesamtbeitrag von rd. 22,04 Mio. US-Dollar für den gesamten Dreijahreszeitraum. Im Haushalt 1991, im Entwurf für den Haushalt 1992 und in der Finanzplanung bis 1995 ist hierfür Vorsorge getroffen worden.

Die Anrechnung der bilateralen deutschen Leistungen von bis zu 20 % des Fondsvolumens (rd. 4,4 Mio. US-Dollar) erfolgt auf den Beitrag für das Jahr 1993.

3. Die Verkürzung der Reduktionsfristen bei bereits geregelten Stoffen (Anpassungen) sowie die Aufnahme weiterer ozonschichtschädigender Stoffe in das Montrealer Protokoll (Änderung) werden in der Bundesrepublik Deutschland keine Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau haben, weil dort aufgrund der FCKW-Halon-Verbots-Verordnung vom 6. Mai 1991 sowie der Verordnung (EWG) Nr. 594/91 des Rates vom 4. März 1991 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, wesentlich stringenter Vorschriften eingehalten werden müssen und insofern keine zusätzlichen Belastungen auf die Wirtschaft zukommen.

Änderung des Montrealer Protokolls
über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen

Amendment to the Montreal Protocol
on Substances that Deplete the Ozone Layer

Amendement au Protocole de Montréal
relatif à des substances qui appauvrissent la couche d'ozone

(Übersetzung)

Article 1:
Amendment

A. Preambular paragraphs

1. The 6th preambular paragraph of the Protocol shall be replaced by the following:

Determined to protect the ozone layer by taking precautionary measures to control equitably total global emissions of substances that deplete it, with the ultimate objective of their elimination on the basis of developments in scientific knowledge, taking into account technical and economic considerations and bearing in mind the developmental needs of developing countries,

2. The 7th preambular paragraph of the Protocol shall be replaced by the following:

Acknowledging that special provision is required to meet the needs of developing countries, including the provision of additional financial resources and access to relevant technologies, bearing in mind that the magnitude of funds necessary is predictable, and the funds can be expected to make a substantial difference in the world's ability to address the scientifically established problem of ozone depletion and its harmful effects,

3. The 9th preambular paragraph of the Protocol shall be replaced by the following:

Considering the importance of promoting international co-operation in the research, development and transfer of alternative technologies relating to the control and reduction of emissions of substances that deplete the ozone layer, bearing in mind in particular the needs of developing countries,

Article 1:
Amendement

A. Préambule

1. Remplacer le sixième alinéa du préambule du Protocole par le texte suivant:

Déterminées à protéger la couche d'ozone en prenant des mesures de précaution pour réglementer équitablement le volume mondial total des émissions de substances qui l'appauvrissent, l'objectif final étant de les éliminer en fonction de l'évolution des connaissances scientifiques et compte tenu de considérations techniques et économiques, ainsi que des besoins des pays en développement en matière de développement,

2. Remplacer le septième alinéa du préambule du Protocole par le texte suivant:

Reconnaissant qu'une disposition particulière s'impose pour répondre aux besoins des pays en développement, notamment par l'octroi de ressources financières supplémentaires et l'accès aux techniques appropriées, compte tenu du fait que l'ampleur des fonds nécessaires est prévisible et que ceux-ci devraient pouvoir apporter une différence substantielle dans la capacité du monde à s'attaquer au problème scientifiquement démontré de l'appauvrissement de la couche d'ozone et de ses effets nocifs,

3. Remplacer le neuvième alinéa du préambule du Protocole par le texte suivant:

Considérant qu'il importe de promouvoir une coopération internationale en matière de recherche, de développement et de transfert de techniques de substitution pour la réglementation et la réduction des émissions de substances qui appauvrissent la couche d'ozone, en tenant compte notamment des besoins des pays en développement;

Artikel 1:
Änderung

A. Präambelabsätze

1. Der 6. Präambelabsatz des Protokolls wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

entschlossen, die Ozonschicht durch Vorsorgemaßnahmen zur ausgewogenen Regelung der gesamten weltweiten Emissionen von Stoffen, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, zu schützen, mit dem Endziel, diese Stoffe auf der Grundlage der Entwicklung wissenschaftlicher Kenntnisse zu beseitigen, wobei technische und wirtschaftliche Erwägungen sowie die Entwicklungsbedürfnisse der Entwicklungsländer zu berücksichtigen sind,

2. Der 7. Präambelabsatz des Protokolls wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

in der Erkenntnis, daß besondere Vorkehrungen zur Deckung des Bedarfs der Entwicklungsländer notwendig sind, einschließlich der Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel und des Zugangs zu einschlägigen Technologien, wobei zu berücksichtigen ist, daß sich der Umfang der erforderlichen Mittel vorhersehen läßt und daß die Mittel die internationalen Möglichkeiten zur Behandlung des wissenschaftlich belegten Problems des Ozonabbaus und seiner schädlichen Auswirkungen erheblich verändern können,

3. Der 9. Präambelabsatz des Protokolls wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

angesichts der Bedeutung der Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der Erforschung, Entwicklung und Weitergabe alternativer Technologien im Zusammenhang mit der Regelung und Verminderung der Emissionen von Stoffen, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, wobei die Bedürfnisse der Entwicklungsländer besonders zu berücksichtigen sind -

B. Article 1: Definitions

1. Paragraph 4 of Article 1 of the Protocol shall be replaced by the following paragraph:
 4. "Controlled substance" means a substance in Annex A or in Annex B to this Protocol, whether existing alone or in a mixture. It includes the isomers of any such substance, except as specified in the relevant Annex, but excludes any controlled substance or mixture which is in a manufactured product other than a container used for the transportation or storage of that substance.
2. Paragraph 5 of Article 1 of the Protocol shall be replaced by the following paragraph:
 5. "Production" means the amount of controlled substances produced, minus the amount destroyed by technologies to be approved by the Parties and minus the amount entirely used as feedstock in the manufacture of other chemicals. The amount recycled and reused is not to be considered as "production".
3. The following paragraph shall be added to Article 1 of the Protocol:
 9. "Transitional substance" means a substance in Annex C to this Protocol, whether existing alone or in a mixture. It includes the isomers of any such substance, except as may be specified in Annex C, but excludes any transitional substance or mixture which is in a manufactured product other than a container used for the transportation or storage of that substance.

C. Article 2, paragraph 5

Paragraph 5 of Article 2 of the Protocol shall be replaced by the following paragraph:

5. Any Party may, for any one or more control periods, transfer to another Party any portion of its calculated level of production set out in Articles 2A to 2E, provided that the total combined calculated levels of production of the Parties concerned for any group of controlled substances do not exceed the production limits set out in those Articles for that group. Such transfer of production shall be notified to the Secretariat by each of the Parties concerned, stating the terms of such transfer and the period

B. Article premier – Définitions

1. Remplacer le paragraphe 4 de l'article premier du Protocole par le texte suivant:
 4. Par «substance réglementée, on entend une substance spécifiée à l'annexe A ou à l'annexe B au présent Protocole, qu'elle se présente isolément ou dans un mélange. La définition inclut les isomères de cette substance sauf indication contraire à l'annexe pertinente mais exclut toute substance réglementée ou mélange entrant à l'annexe pertinente dans la composition d'un produit manufacturé autre qu'un contenant servant au transport ou au stockage de la substance considérée.
2. Remplacer le paragraphe 5 de l'article premier par le texte suivant:
 5. Par «production», on entend la quantité de substances réglementées produites, déduction faite de la quantité détruite au moyen de techniques qui seront approuvées par les Parties et de la quantité totale utilisée comme matière première pour la fabrication d'autres produits chimiques. Les quantités recyclées et utilisées ne sont pas considérées comme «production».
3. Ajouter le paragraphe ci-après à l'article premier du Protocole:
 9. Par «substance de transition», on entend une substance spécifiée à l'annexe C du présent Protocole, qu'elle soit utilisée seule ou dans un mélange. La définition inclut les isomères de cette substance sauf indication contraire éventuelle à l'annexe C, mais exclut toute substance de transition si elle se trouve dans un produit manufacturé autre qu'un contenant servant au transport ou au stockage de la substance considérée.

C. Article 2, paragraphe 5

Remplacer le paragraphe 5 de l'article 2 du Protocole par le paragraphe suivant:

5. Toute Partie peut, pour l'une quelconque ou plusieurs des périodes de réglementation, transférer à toute autre Partie une partie de son niveau calculé de production indiqué aux articles 2A à 2E, à condition que le total combiné des niveaux calculés de production des Parties en cause pour tout groupe de substances réglementées n'exécède pas les limites de production fixées dans ces articles pour le groupe considéré. En cas de transfert de production de ce type, chacune des Parties concernées

B. Artikel 1: Begriffsbestimmungen

1. Nummer 4 des Artikels 1 des Protokolls wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:
 4. bedeutet „geregelter Stoff“ einen in Anlage A oder in Anlage B zu dem Protokoll aufgeführten Stoff, gleichviel ob er allein oder in einem Gemisch vorkommt. Der Ausdruck umfaßt die Isomere eines solchen Stoffes, sofern in der betreffenden Anlage nichts anderes bestimmt ist, nicht jedoch einen geregelten Stoff oder ein Gemisch, soweit sie in einem hergestellten Erzeugnis mit Ausnahme von Behältern für den Transport oder die Lagerung dieser Stoffe enthalten sind;
2. Nummer 5 des Artikels 1 des Protokolls wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:
 5. bedeutet „Produktion“ die Menge der erzeugten geregelten Stoffe abzüglich der Menge, die durch von den Vertragsparteien zu genehmigende Verfahren vernichtet worden ist, und abzüglich der Menge, die zur Gänze als Ausgangsmaterial zur Herstellung anderer Chemikalien verwendet worden ist. Die wiederverwertete und wiederverwendete Menge ist nicht als „Produktion“ anzusehen;
3. Artikel 1 des Protokolls wird folgender Wortlaut angefügt:
 9. bedeutet „Übergangsstoff“ einen in Anlage C zu dem Protokoll aufgeführten Stoff, gleichviel ob er allein oder in einem Gemisch vorkommt. Der Ausdruck umfaßt die Isomere eines solchen Stoffes, sofern in Anlage C nichts anderes bestimmt ist, nicht jedoch einen Übergangsstoff oder ein Gemisch, soweit sie in einem hergestellten Erzeugnis mit Ausnahme von Behältern für den Transport oder die Lagerung dieser Stoffe enthalten sind.

C. Artikel 2 Absatz 5

Absatz 5 des Artikels 2 des Protokolls wird durch folgenden Absatz ersetzt:

- (5) Jede Vertragspartei kann für einen oder mehrere Regelungszeiträume einen beliebigen Teil des in den Artikeln 2A bis 2E festgelegten berechneten Umfangs ihrer Produktion auf eine andere Vertragspartei übertragen, sofern der gesamte berechnete Umfang der zusammengefaßten Produktion der betreffenden Vertragsparteien für jede Gruppe geregelter Stoffe die in den genannten Artikeln für diese Gruppe festgelegten Produktionsgrenzen nicht übersteigt. Eine solche Übertragung der Produktion wird dem Sekretariat von

for which it is to apply.

doit notifier au Secrétariat les conditions du transfert et la période sur laquelle il portera.

jeder der betroffenen Vertragsparteien unter Angabe der Bedingungen der Übertragung und des Zeitraums, für den sie gelten soll, notifiziert.

D. Article 2, paragraph 6

The following words shall be inserted in paragraph 6 of Article 2 before the words "controlled substances" the first time they occur:

Annex A or Annex B

D. Article 2, paragraphe 6

Au paragraphe 6 de l'article 2, ajouter après les mots «substances réglementées», lorsqu'ils apparaissent pour la première fois, les mots suivants:

des annexes A ou B

D. Artikel 2 Absatz 6

In Artikel 2 Absatz 6 des Protokolls werden nach den Worten „geregelter Stoffe“ folgende Worte eingefügt:

in Anlage A oder Anlage B

E. Article 2, paragraph 8(a)

The following words shall be added after the words "this Article" wherever they appear in paragraph 8(a) of Article 2 of the Protocol: and Articles 2A to 2E

E. Article 2, paragraphe 8a)

Au paragraphe 8a) de l'article 2 du Protocole, ajouter les mots «et des articles 2A à 2E» après les mots «du présent article» chaque fois qu'ils apparaissent dans le texte du paragraphe.

E. Artikel 2 Absatz 8 Buchstabe a

In Artikel 2 Absatz 8 Buchstabe a des Protokolls werden nach den Worten „dieses Artikels“ beziehungsweise „diesem Artikel“ folgende Worte eingefügt:

und der Artikel 2A bis 2E

beziehungsweise

und den Artikeln 2A bis 2E

F. Article 2, paragraph 9(a)(i)

The following words shall be added after "Annex A" in paragraph 9(a)(i) of Article 2 of the Protocol:

and/or Annex B

F. Article 2, paragraphe 9a) i)

Au paragraphe 9a) i) de l'article 2 du Protocole, ajouter, après «l'annexe A» les mots suivants:

et/ou à l'annexe B

F. Artikel 2 Absatz 9 Buchstabe a Ziffer i

In Artikel 2 Absatz 9 Buchstabe a Ziffer i des Protokolls werden nach „Anlage A“ folgende Worte eingefügt:

und/oder Anlage B

G. Article 2, paragraph 9(a)(ii)

The following words shall be deleted from paragraph 9(a)(ii) of Article 2 of the Protocol:

from 1986 levels

G. Article 2, paragraphe 9a) ii)

Au paragraphe 9a) ii) de l'article 2 du Protocole, supprimer le membre de phrase:

par rapport aux niveaux de 1986

G. Artikel 2 Absatz 9 Buchstabe a Ziffer ii

In Artikel 2 Absatz 9 Buchstabe a Ziffer ii des Protokolls werden folgende Worte gestrichen:

gegenüber dem Umfang von 1986

H. Article 2, paragraph 9(c)

The following words shall be deleted from paragraph 9(c) of Article 2 of the Protocol:

representing at least fifty per cent of the total consumption of the controlled substances of the Parties

and replaced by:

representing a majority of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5 present and voting and a majority of the Parties not so operating present and voting

H. Article 2, paragraphe 9c)

Le membre de phrase ci-après est supprimé de l'alinéa c) du paragraphe 9 de l'article 2 du Protocole:

représentant au moins 50 pour cent de la consommation totale par les Parties des substances réglementées

et est remplacé par:

représentant la majorité des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5 présentes et participant au vote ainsi que la majorité des Parties non visées par ledit paragraphe présentes et participant au vote.

H. Artikel 2 Absatz 9 Buchstabe c

In Artikel 2 Absatz 9 Buchstabe c des Protokolls werden folgende Worte gestrichen:

die mindestens 50 v.H. des gesamten Verbrauchs der Vertragsparteien an geregelten Stoffen vertritt

und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

die eine Mehrheit der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien und eine Mehrheit der nicht in jenem Artikel bezeichneten anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien vertritt.

I. Article 2, paragraph 10(b)

Paragraph 10(b) of Article 2 of the Protocol shall be deleted, and paragraph 10(a) of Article 2 shall become paragraph 10.

I. Article 2, paragraphe 10b)

Le texte de l'alinéa b) du paragraphe 10 de l'article 2 du Protocole est supprimé et le paragraphe 10a) de l'article 2 devient le paragraphe 10.

I. Artikel 2 Absatz 10 Buchstabe b

Absatz 10 Buchstabe b des Artikels 2 des Protokolls wird gestrichen, und Absatz 10 Buchstabe a des Artikels 2 wird Absatz 10.

J. Article 2, paragraph 11

The following words shall be added after the words "this Article" wherever they occur in paragraph 11 of Article 2 of the Protocol: and Articles 2A to 2E

J. Article 2, paragraphe 11

Au paragraphe 11 de l'article 2, ajouter les mots «et des articles 2A à 2E» après les mots «du présent article» chaque fois qu'ils apparaissent dans le texte du paragraphe.

J. Artikel 2 Absatz 11

In Artikel 2 Absatz 11 des Protokolls werden nach den Worten „dieses Artikels“ beziehungsweise „diesem Artikel“ folgende Worte eingefügt:

und der Artikel 2A bis 2E

beziehungsweise

und den Artikeln 2A bis 2E

K. Article 2C:
Other fully halogenated CFCs

The following paragraphs shall be added to the Protocol as Article 2C:

Article 2C:
Other fully halogenated CFCs

1. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 1993, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances in Group I of Annex B does not exceed, annually, eighty per cent of its calculated level of consumption in 1989. Each Party producing one or more of these substances shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substances does not exceed, annually, eighty per cent of its calculated level of production in 1989. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to ten per cent of its calculated level of production in 1989.
2. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 1997, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances in Group I of Annex B does not exceed, annually, fifteen per cent of its calculated level of consumption in 1989. Each Party producing one or more of these substances shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substances does not exceed, annually, fifteen per cent of its calculated level of production in 1989. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to ten per cent of its calculated level of production in 1989.
3. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2000, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances in Group I of Annex B does not exceed zero. Each Party producing one or more of these substances shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substances does not exceed zero. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit

K. Article 2C:
Autres CFC entièrement halogénés

Les paragraphes qui suivent seront ajoutés au Protocole en tant qu'article 2C:

Article 2C:
Autres CFC entièrement halogénés

1. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 1993 et, ensuite, pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation des substances réglementées du Groupe I de l'annexe B n'excède pas annuellement quatre-vingt pour cent de son niveau calculé de consommation de 1989. Chaque Partie produisant une ou plusieurs de ces substances veille, pendant cette même période, à ce que son niveau calculé de production de ces substances n'excède pas annuellement quatre-vingt pour cent de son niveau calculé de production de 1989. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de dix pour cent de son niveau calculé de production de 1989.
2. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 1997 et, ensuite, pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation des substances réglementées du Groupe I de l'annexe B n'excède pas annuellement quinze pour cent de son niveau calculé de consommation de 1989. Chaque Partie produisant une ou plusieurs de ces substances veille, pendant ces mêmes périodes, à ce que son niveau calculé de production de ces substances n'excède pas annuellement quinze pour cent de son niveau calculé de production de 1989. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de dix pour cent de son niveau calculé de production de 1989.
3. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 2000 et, ensuite, pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation des substances réglementées du Groupe I de l'annexe B soit réduit à zéro. Chaque Partie produisant une ou plusieurs de ces substances veille, pendant ces mêmes périodes, à ce que son niveau calculé de production de ces substances soit réduit à zéro. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau cal-

K. Artikel 2C:
Sonstige vollständig halogenierte FCKW

Folgende Absätze werden als Artikel 2C in das Protokoll eingefügt:

Artikel 2C:
Sonstige vollständig halogenierte FCKW

- (1) Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 1993 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage B jährlich 80 v. H. desjenigen von 1989 nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die einen oder mehrere dieser Stoffe herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, daß der berechnete Umfang ihrer Produktion dieser Stoffe jährlich 80 v. H. desjenigen von 1989 nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 10 v. H. desjenigen von 1989 übersteigen.
- (2) Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 1997 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage B jährlich 15 v. H. desjenigen von 1989 nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die einen oder mehrere dieser Stoffe herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, daß der berechnete Umfang ihrer Produktion dieser Stoffe jährlich 15 v. H. desjenigen von 1989 nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 10 v. H. desjenigen von 1989 übersteigen.
- (3) Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2000 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage B Null nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die einen oder mehrere dieser Stoffe herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, daß der berechnete Umfang ihrer Produktion dieser Stoffe Null nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer

by up to fifteen per cent of its calculated level of production in 1989.

L. Article 2D:
Carbon tetrachloride

The following paragraphs shall be added to the Protocol as Article 2D:

Article 2D:
Carbon tetrachloride

1. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 1995, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substance in Group II of Annex B does not exceed, annually, fifteen per cent of its calculated level of consumption in 1989. Each Party producing the substance shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substance does not exceed, annually, fifteen per cent of its calculated level of production in 1989. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to ten per cent of its calculated level of production in 1989.
2. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2000, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substance in Group II of Annex B does not exceed zero. Each Party producing the substance shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substance does not exceed zero. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to fifteen per cent of its calculated level of production in 1989.

M. Article 2E:
1,1,1-trichloroethane
(methyl chloroform)

The following paragraphs shall be added to the Protocol as Article 2E:

Article 2E:
1,1,1-trichloroethane
(methyl chloroform)

1. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 1993, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substance in Group III of Annex B does not exceed, annually, its calculated level of consumption in 1989. Each Party pro-

culé de production peut excéder cette limite d'un maximum de quinze pour cent de son niveau calculé de production de 1989.

L. Article 2D:
Tétrachlorure de carbone

Les paragraphes ci-après seront ajoutés au Protocole en tant qu'article 2D:

Article 2D:
Tétrachlorure de carbone

1. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 1995 et, ensuite, pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation de la substance réglementée du Groupe II de l'annexe B n'excède pas annuellement quinze pour cent de son niveau calculé de consommation de 1989. Chaque Partie produisant cette substance veille, pendant ces mêmes périodes, à ce que son niveau calculé de production de cette substance n'excède pas annuellement quinze pour cent de son niveau calculé de production de 1989. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de dix pour cent de son niveau calculé de production de 1989.
2. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 2000 et, ensuite, pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation de la substance réglementée du Groupe II de l'annexe B soit réduit à zéro. Chaque Partie produisant cette substance veille, pendant ces mêmes périodes, à ce que son niveau calculé de production de ces substances soit réduit à zéro. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de quinze pour cent de son niveau calculé de production de 1989.

M. Article 2E:
1,1,1 Trichloroéthane
(méthyle chloroforme)

Les paragraphes ci-après seront ajoutés au Protocole en tant qu'article 2E:

Article 2E:
1,1,1 Trichloroéthane
(méthyle chloroforme)

1. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 1993 et, ensuite, pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation de la substance réglementée du Groupe III de l'annexe B n'excède pas annuellement son niveau calculé de consommation de

Produktion diese Grenze um bis zu 15 v. H. desjenigen von 1989 übersteigen.

L. Artikel 2D:
Tetrachlorkohlenstoff

Folgende Absätze werden als Artikel 2D in das Protokoll eingefügt:

Artikel 2D:
Tetrachlorkohlenstoff

(1) Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 1995 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs des geregelten Stoffes in Gruppe II der Anlage B jährlich 15 v. H. desjenigen von 1989 nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die diesen Stoff herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, daß der berechnete Umfang ihrer Produktion dieses Stoffes jährlich 15 v. H. desjenigen von 1989 nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 10 v. H. desjenigen von 1989 übersteigen.

(2) Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2000 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs des geregelten Stoffes in Gruppe II der Anlage B Null nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die diesen Stoff herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, daß der berechnete Umfang ihrer Produktion dieses Stoffes Null nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 15 v. H. desjenigen von 1989 übersteigen.

M. Artikel 2E:
1,1,1-Trichlorethan
(Methylchloroform)

Folgende Absätze werden als Artikel 2E in das Protokoll eingefügt:

Artikel 2E:
1,1,1-Trichlorethan
(Methylchloroform)

(1) Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 1993 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs des geregelten Stoffes in Gruppe III der Anlage B jährlich denjenigen von 1989 nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die diesen

ducing the substance shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substance does not exceed, annually, its calculated level of production in 1989. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to ten per cent of its calculated level of production in 1989.

2. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 1995, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substance in Group III of Annex B does not exceed, annually, seventy per cent of its calculated level of consumption in 1989. Each Party producing the substance shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substance does not exceed, annually, seventy per cent of its calculated level of consumption in 1989. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to ten per cent of its calculated level of production in 1989.

3. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2000, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substance in Group III of Annex B does not exceed, annually, thirty per cent of its calculated level of consumption in 1989. Each Party producing the substance shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substance does not exceed, annually, thirty per cent of its calculated level of production in 1989. However, in order to satisfy the basic domestic needs of Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to ten per cent of its calculated level of production in 1989.

4. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2005, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substance in Group III of Annex B does not exceed zero. Each Party producing the substance shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substance does not exceed zero. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to fifteen

1989. Chaque Partie produisant cette substance veille, durant la même période, à ce que son niveau calculé de production de cette substance n'excède pas annuellement son niveau calculé de production de 1989. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de dix pour cent de son niveau calculé de production de 1989.

2. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 1995 et, ensuite, pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation de la substance réglementée du Groupe III de l'annexe B n'excède pas annuellement soixante-dix pour cent de son niveau calculé de consommation de 1989. Chaque Partie produisant cette substance veille, pendant ces mêmes périodes, à ce que son niveau calculé de production de cette substance n'excède pas annuellement soixante-dix pour cent de son niveau calculé de production de 1989. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de dix pour cent de son niveau calculé de production de 1989.

3. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 2000 et, ensuite, pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation de la substance réglementée du Groupe III de l'annexe B n'excède pas annuellement trente pour cent de son niveau calculé de consommation de 1989. Chaque Partie produisant cette substance veille, pendant ces mêmes périodes, à ce que son niveau calculé de production de cette substance n'excède pas annuellement trente pour cent de son niveau calculé de production de 1989. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de dix pour cent de son niveau calculé de production de 1989.

4. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 2005 et, ensuite, pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation de la substance réglementée du Groupe III de l'annexe B soit réduit à zéro. Chaque Partie produisant la substance veille, pendant ces mêmes périodes, à ce que son niveau calculé de production de cette substance soit réduit à zéro. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excé-

der Stoff herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, daß der berechnete Umfang ihrer Produktion dieses Stoffes jährlich denjenigen von 1989 nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 10 v. H. desjenigen von 1989 übersteigen.

(2) Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 1995 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs des geregelten Stoffes in Gruppe III der Anlage B jährlich 70 v. H. desjenigen von 1989 nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die diesen Stoff herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, daß der berechnete Umfang ihrer Produktion dieses Stoffes jährlich 70 v. H. desjenigen von 1989 nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 10 v. H. desjenigen von 1989 übersteigen.

(3) Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2000 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs des geregelten Stoffes in Gruppe III der Anlage B jährlich 30 v. H. desjenigen von 1989 nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die diesen Stoff herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, daß der berechnete Umfang ihrer Produktion dieses Stoffes jährlich 30 v. H. desjenigen von 1989 nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 10 v. H. desjenigen von 1989 übersteigen.

(4) Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2005 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs des geregelten Stoffes in Gruppe III der Anlage B Null nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die diesen Stoff herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, daß der berechnete Umfang ihrer Produktion dieses Stoffes Null nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze

per cent of its calculated level of production in 1989.

5. The Parties shall review, in 1992, the feasibility of a more rapid schedule of reductions than that set out in this Article.

N. Article 3:
Calculation of control levels

1. The following shall be added after "Articles 2" in Article 3 of the Protocol:
2A to 2E,
2. The following words shall be added after "Annex A" each time it appears in Article 3 of the Protocol:
or Annex B

O. Article 4:
**Control of trade
with non-Parties**

1. Paragraphs 1 to 5 of Article 4 shall be replaced by the following paragraphs:

1. As of 1 January 1990, each Party shall ban the import of the controlled substances in Annex A from any State not party to this Protocol.

^{1^{bis}} Within one year of the date of the entry into force of this paragraph, each Party shall ban the import of the controlled substances in Annex B from any State not party to this Protocol.

2. As of 1 January 1993, each Party shall ban the export of any controlled substances in Annex A to any State not party to this Protocol.

^{2^{bis}} Commencing one year after the date of entry into force of this paragraph, each Party shall ban the export of any controlled substances in Annex B to any State not party to this Protocol.

3. By 1 January 1992, the Parties shall, following the procedures in Article 10 of the Convention, elaborate in an annex a list of products containing controlled substances in Annex A. Parties that have not objected to the annex in accordance with those procedures shall ban, within one year of the annex having become effective, the import of those products from any State not party to this Protocol.

der cette limite d'un maximum de quinze pour cent de son niveau calculé de production de 1989.

5. Les Parties examineront en 1992 s'il est possible d'adopter un calendrier de réductions plus rapides que celui qui est prévu dans le présent article.

N. Article 3:
**Calcul des niveaux
des substances réglementées**

1. A l'article 3 du Protocole, après «des articles 2 et», ajouter:
«2A à 2E».
2. A l'article 3 du Protocole, ajouter le membre de phrase «ou à l'annexe B» après «à l'annexe A» chaque fois que ce membre de phrase apparaît dans le texte de l'article.

O. Article 4:
**Réglementation
des échanges commerciaux
avec les Etats
non Parties au Protocole**

1. Remplacer les paragraphes 1 à 4 de l'article 4 par les paragraphes suivants:

1. A compter du 1^{er} janvier 1990, chaque Partie interdit l'importation des substances réglementées de l'annexe A en provenance de tout Etat non Partie au présent Protocole.

^{1^{bis}} Dans un délai d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur du présent paragraphe, chaque Partie interdit l'importation des substances réglementées de l'annexe B en provenance de tout Etat non Partie au présent Protocole.

2. A compter du 1^{er} janvier 1993, chaque Partie interdit l'exportation de l'une quelconque des substances réglementées de l'annexe A vers un Etat non Partie au présent Protocole.

^{2^{bis}} A partir d'une année après l'entrée en vigueur du présent paragraphe, chaque Partie interdit l'exportation de l'une quelconque des substances réglementées de l'annexe B vers un Etat non Partie au présent Protocole.

3. Au 1^{er} janvier 1992, les Parties auront établi sous forme d'annexe une liste des produits contenant des substances réglementées de l'annexe A, conformément aux procédures spécifiées à l'article 10 de la Convention. Les Parties qui ne s'y sont pas opposées, conformément à ces procédures, interdisent, dans un délai d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur de l'annexe, l'importation de ces produits en provenance de tout Etat non Partie au présent Protocole.

um bis zu 15 v. H. desjenigen von 1989 übersteigen.

(5) Die Vertragsparteien werden 1992 die Möglichkeit der Einführung eines strafferen Verminderungszeitplans als in diesem Artikel festgelegt prüfen.

N. Artikel 3:
**Berechnung
der Grundlagen für Regelungen**

1. In Artikel 3 des Protokolls wird nach „Artikel 2“ folgender Wortlaut eingefügt:
2A bis 2E
2. In Artikel 3 des Protokolls werden nach „Anlage A“ jedesmal, wenn dieser Ausdruck vorkommt, folgende Worte eingefügt:
oder Anlage B

O. Artikel 4:
**Regelung des Handels
mit Nichtvertragsparteien**

1. Die Absätze 1 bis 5 des Artikels 4 werden durch folgende Absätze ersetzt:

(1) Mit Wirkung vom 1. Januar 1990 verbietet jede Vertragspartei die Einfuhr der geregelten Stoffe in Anlage A aus jedem Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist.

(1^{bis}) Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Absatzes verbietet jede Vertragspartei die Einfuhr der geregelten Stoffe in Anlage B aus jedem Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist.

(2) Mit Wirkung vom 1. Januar 1993 verbietet jede Vertragspartei die Ausfuhr aller geregelten Stoffe in Anlage A in jeden Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist.

(2^{bis}) Vom Ablauf eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Absatzes an verbietet jede Vertragspartei die Ausfuhr aller geregelten Stoffe in Anlage B in jeden Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist.

(3) Bis zum 1. Januar 1992 erarbeiten die Vertragsparteien nach den in Artikel 10 des Übereinkommens vorgesehenen Verfahren in einer Anlage eine Liste der Erzeugnisse, die geregelte Stoffe in Anlage A enthalten. Vertragsparteien, die gegen die Anlage nicht Einspruch nach diesen Verfahren eingelegt haben, verbieten innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Anlage die Einfuhr dieser Erzeugnisse aus Staaten, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind.

- 3^{bis}. Within three years of the date of the entry into force of this paragraph, the Parties shall, following the procedures in Article 10 of the Convention, elaborate in an annex a list of products containing controlled substances in Annex B. Parties that have not objected to the annex in accordance with those procedures shall ban, within one year of the annex having become effective, the import of those products from any State not party to this Protocol.
4. By 1 January 1994, the Parties shall determine the feasibility of banning or restricting, from States not party to this Protocol, the import of products produced with, but not containing, controlled substances in Annex A. If determined feasible, the Parties shall, following the procedures in Article 10 of the Convention, elaborate in an annex a list of such products. Parties that have not objected to the annex in accordance with those procedures shall ban, within one year of the annex having become effective, the import of those products from any State not party to this Protocol.
- 4^{bis}. Within five years of the date of the entry into force of this paragraph, the Parties shall determine the feasibility of banning or restricting, from States not party to this Protocol, the import of products produced with, but not containing, controlled substances in Annex B. If determined feasible, the Parties shall, following the procedures in Article 10 of the Convention, elaborate in an annex a list of such products. Parties that have not objected to the annex in accordance with those procedures shall ban or restrict, within one year of the annex having become effective, the import of those products from any State not party to this Protocol.
5. Each Party undertakes to the fullest practicable extent to discourage the export to any State not party to this Protocol of technology for producing and for utilizing controlled substances.
2. Paragraph 8 of Article 4 of the Protocol shall be replaced by the following paragraph:
- 3^{bis}. Dans un délai de trois ans à compter de la date d'entrée en vigueur du présent paragraphe, les Parties établissent, sous forme d'annexe, une liste des produits contenant des substances réglementées de l'annexe B, conformément aux procédures spécifiées à l'article 10 de la Convention. Les Parties qui ne s'y sont pas opposées, conformément à ces procédures, interdisent, dans un délai d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur de l'annexe, l'importation de ces produits en provenance de tout Etat non Partie au présent Protocole.
4. Au 1^{er} janvier 1994, les Parties auront décidé de la possibilité d'interdire ou de limiter les importations, à partir de tout Etat non Partie au présent Protocole, de produits fabriqués à l'aide des substances réglementées de l'annexe A mais qui ne les contiennent pas. Si cette possibilité est reconnue, les Parties établissent, sous forme d'annexe, une liste desdits produits conformément aux procédures spécifiées à l'article 10 de la Convention. Les Parties qui ne s'y sont pas opposées, conformément à ces procédures, interdisent ou limitent, dans un délai d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur de l'annexe, l'importation de ces produits en provenance de tout Etat non Partie au présent Protocole.
- 4^{bis}. Dans un délai de cinq ans à compter de la date d'entrée en vigueur du présent paragraphe, les Parties décident de la possibilité d'interdire ou de limiter les importations, à partir de tout Etat non Partie au présent Protocole, de produits fabriqués à l'aide de substances réglementées de l'annexe B mais qui ne les contiennent pas. Si cette possibilité est reconnue, les Parties établissent, sous forme d'annexe, une liste desdits produits conformément aux procédures spécifiées à l'article 10 de la Convention. Les Parties qui ne se sont pas opposées à l'annexe, conformément à ces procédures, interdisent ou limitent, dans un délai d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur de l'annexe, l'importation de ces produits en provenance de tout Etat non Partie au présent Protocole.
5. Chacune des Parties entreprend, dans toute la mesure du possible, de décourager les exportations des techniques de production ou d'utilisation des substances réglementées vers tout Etat non Partie au Protocole.
2. Le paragraphe 8 de l'article 4 du Protocole est remplacé par le paragraphe suivant:
- (3^{bis}) Innerhalb von drei Jahren nach Inkrafttreten dieses Absatzes erarbeiten die Vertragsparteien nach den in Artikel 10 des Übereinkommens vorgesehenen Verfahren in einer Anlage eine Liste der Erzeugnisse, die geregelte Stoffe in Anlage B enthalten. Vertragsparteien, die gegen die Anlage nicht Einspruch nach diesen Verfahren eingelegt haben, verbieten innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Anlage die Einfuhr dieser Erzeugnisse aus Staaten, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind.
- (4) Bis zum 1. Januar 1994 befinden die Vertragsparteien darüber, ob es durchführbar ist, die Einfuhr von Erzeugnissen, die mit geregelten Stoffen in Anlage A hergestellt werden, jedoch keine geregelten Stoffe in Anlage A enthalten, aus Staaten, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind, zu verbieten oder zu beschränken. Wenn dies für durchführbar befunden wird, erarbeiten die Vertragsparteien nach den in Artikel 10 des Übereinkommens vorgesehenen Verfahren in einer Anlage eine Liste solcher Erzeugnisse. Vertragsparteien, die gegen die Anlage nicht Einspruch nach diesen Verfahren eingelegt haben, verbieten oder beschränken innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Anlage die Einfuhr dieser Erzeugnisse aus Staaten, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind.
- (4^{bis}) Innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Absatzes befinden die Vertragsparteien darüber, ob es durchführbar ist, die Einfuhr von Erzeugnissen, die mit geregelten Stoffen in Anlage B hergestellt werden, jedoch keine geregelten Stoffe in Anlage B enthalten, aus Staaten, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind, zu verbieten oder zu beschränken. Wenn dies für durchführbar befunden wird, erarbeiten die Vertragsparteien nach den in Artikel 10 des Übereinkommens vorgesehenen Verfahren in einer Anlage eine Liste solcher Erzeugnisse. Vertragsparteien, die gegen die Anlage nicht Einspruch nach diesen Verfahren eingelegt haben, verbieten oder beschränken innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Anlage die Einfuhr dieser Erzeugnisse aus Staaten, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind.
- (5) Jede Vertragspartei wird nach besten Kräften bestrebt sein, der Ausfuhr von Technologie zur Herstellung und Verwendung geregelter Stoffe in Staaten, die nicht Vertragsparteien des Protokolls sind, entgegenzuwirken.
2. Absatz 8 des Artikels 4 des Protokolls wird durch folgenden Absatz ersetzt:

8. Notwithstanding the provisions of this Article, imports referred to in paragraphs 1, 1^{bis}, 3, 3^{bis}, 4 and 4^{bis}, and exports referred to in paragraphs 2 and 2^{bis}, may be permitted from, or to, any State not party to this Protocol, if that State is determined by a meeting of the Parties to be in full compliance with Article 2, Articles 2A to 2E, and this Article and have submitted data to that effect as specified in Article 7.

3. The following paragraph shall be added to Article 4 of the Protocol as paragraph 9:

9. For the purposes of this Article, the term "State not party to this Protocol" shall include, with respect to a particular controlled substance, a State or regional economic integration organization that has not agreed to be bound by the control measures in effect for that substance.

P. Article 5:

Special situation of developing countries

Article 5 of the Protocol shall be replaced by the following:

1. Any Party that is a developing country and whose annual calculated level of consumption of the controlled substances in Annex A is less than 0.3 kilograms per capita on the date of the entry into force of the Protocol for it, or any time thereafter until 1 January 1999, shall in order to meet its basic domestic needs, be entitled to delay for ten years its compliance with the control measures set out in Articles 2A to 2E.
2. However, any Party operating under paragraph 1 of this Article shall exceed neither an annual calculated level of consumption of the controlled substances in Annex A of 0.3 kilograms per capita nor an annual calculated level of consumption of the controlled substances of Annex B of 0.2 kilograms per capita.
3. When implementing the control measures set out in Articles 2A to 2E, any Party operating under paragraph 1 of this Article shall be entitled to use:
 - a) For controlled substances under Annex A, either the average of its annual calculated level of consumption for the period 1995 to 1997 inclusive or a calculated level of consumption of 0.3 kilograms per capita, whichever is the lower, as the basis for determining its compliance with the control measures;

8. Nonobstant les dispositions du présent article, les importations mentionnées aux paragraphes 1, 1^{bis}, 3, 3^{bis}, 4 et 4^{bis}, ainsi que les exportations mentionnées aux paragraphes 2 et 2^{bis} peuvent être autorisées à partir ou à destination d'un Etat non Partie au présent Protocole, à condition qu'une réunion des Parties ait conclu que ledit Etat observe scrupuleusement les dispositions des articles 2, 2A à 2E et du présent article et qu'il a communiqué des données à cet effet comme cela est précisé à l'article 7.

3. Le paragraphe ci-après sera ajouté à l'article 4 du Protocole en tant que paragraphe 9:

9. Aux fins du présent article, l'expression «Etat non Partie au présent Protocole» désigne, en ce qui concerne toute substance réglementée, un Etat ou une organisation régionale d'intégration économique qui n'a pas accepté d'être lié par les mesures de réglementation en vigueur pour cette substance.

P. Article 5:

Situation particulière des pays en développement

L'article 5 du Protocole est remplacé par ce qui suit:

1. Toute Partie qui est un pays en développement et dont le niveau calculé annuel de consommation des substances réglementées de l'annexe A est inférieur à 0,3 kg par habitant à la date d'entrée en vigueur du Protocole à son égard ou à tout moment par la suite jusqu'au 1^{er} janvier 1999 est autorisée, pour satisfaire ses besoins intérieurs fondamentaux, à surseoir pendant dix ans à l'observation des mesures de réglementation indiquées aux articles 2A à 2E.
2. Toutefois, toute Partie visée au paragraphe 1 du présent article ne doit pas dépasser un niveau calculé annuel de consommation des substances réglementées de l'annexe A de 0,3 kg par habitant ni un niveau calculé annuel de consommation des substances réglementées de l'annexe B de 0,2 kg par habitant.
3. Lorsqu'elle applique une mesure de réglementation énoncée aux articles 2A à 2E, toute Partie visée au paragraphe 1 du présent article est autorisée à utiliser:
 - a) S'il s'agit des substances réglementées figurant à l'annexe A, soit la moyenne de son niveau calculé de consommation annuelle pour la période allant de 1995 à 1997 inclus, soit le niveau calculé de consommation de 0,3 kg par habitant, le chiffre le plus bas étant retenu, pour déterminer si elle observe les mesures de réglementation;

(8) Ungeachtet der Bestimmungen dieses Artikels können die in den Absätzen 1, 1^{bis}, 3, 3^{bis}, 4 und 4^{bis} bezeichneten Einfuhren aus jedem Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist, und die in den Absätzen 2 und 2^{bis} bezeichneten Ausfuhren in jeden Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist, erlaubt werden, wenn eine Tagung der Vertragsparteien feststellt, daß der betreffende Staat den Artikel 2, die Artikel 2A bis 2E und den vorliegenden Artikel voll einhält und diesbezügliche Daten nach Artikel 7 vorgelegt hat.

3. Artikel 4 des Protokolls wird folgender Absatz als Absatz 9 angefügt:

(9) Im Sinne dieses Artikels umfaßt der Begriff „Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist“ im Hinblick auf einen bestimmten geregelten Stoff einen Staat oder eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, die nicht zugestimmt haben, durch die Regelungsmaßnahmen für diesen Stoff gebunden zu sein.

P. Artikel 5:

Besondere Lage der Entwicklungsländer

Artikel 5 des Protokolls wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

- (1) Jede Vertragspartei, die ein Entwicklungsland ist und deren jährlicher berechneter Umfang des Verbrauchs der geregelten Stoffe in Anlage A am Tag des Inkrafttretens dieses Protokolls für diese Vertragspartei oder zu irgendeiner Zeit danach bis zum 1. Januar 1999 unter 0,3 kg pro Kopf liegt, kann die Erfüllung der in den Artikeln 2A bis 2E vorgesehenen Regelungsmaßnahmen um zehn Jahre verschieben, um ihre grundlegenden nationalen Bedürfnisse zu decken.
- (2) Eine in Absatz 1 bezeichnete Vertragspartei darf jedoch weder einen jährlichen berechneten Umfang des Verbrauchs der geregelten Stoffe in Anlage A von 0,3 kg pro Kopf noch einen jährlichen berechneten Umfang des Verbrauchs der geregelten Stoffe in Anlage B von 0,2 kg pro Kopf überschreiten.
- (3) Bei der Durchführung der in den Artikeln 2A bis 2E festgelegten Regelungsmaßnahmen hat jede in Absatz 1 bezeichnete Vertragspartei das Recht,
 - a) für geregelte Stoffe nach Anlage A entweder den Durchschnitt des jährlichen berechneten Umfangs ihres Verbrauchs von 1995 bis 1997 oder einen berechneten Umfang des Verbrauchs von 0,3 kg pro Kopf als Grundlage für die Feststellung der Einhaltung der Regelungsmaßnahmen zu benutzen, wenn dieser Wert niedriger ist;

- (b) For controlled substances under Annex B, the average of its annual calculated level of consumption for the period 1998 to 2000 inclusive or a calculated level of consumption of 0.2 kilograms per capita, whichever is the lower, as the basis for determining its compliance with the control measures.
- b) S'il s'agit des substances réglementées figurant à l'annexe B, soit la moyenne de son niveau calculé de consommation annuelle pour la période allant de 1998 à 2000 inclus, soit le niveau calculé de consommation de 0,2 kg par habitant, le chiffre le plus bas étant retenu, pour déterminer si elle observe les mesures de réglementation.
- b) für geregelte Stoffe nach Anlage B den Durchschnitt des jährlichen berechneten Umfangs ihres Verbrauchs von 1998 bis 2000 oder einen berechneten Umfang des Verbrauchs von 0,2 kg pro Kopf als Grundlage für die Feststellung der Einhaltung der Regulationsmaßnahmen zu benutzen, wenn dieser Wert niedriger ist.
4. If a Party operating under paragraph 1 of this Article, at any time before the control measures obligations in Articles 2A to 2E become applicable to it, finds itself unable to obtain an adequate supply of controlled substances, it may notify this to the Secretariat. The Secretariat shall forthwith transmit a copy of such notification to the Parties, which shall consider the matter at their next Meeting, and decide upon appropriate action to be taken.
4. Toute Partie visée au paragraphe 1 du présent article qui, à tout moment avant d'être assujettie aux obligations énoncées aux articles 2A à 2E découlant des mesures de réglementation, se trouve dans l'incapacité d'obtenir des quantités suffisantes de substances réglementées, peut notifier cette situation au Secrétaire. Le Secrétaire communique aussitôt un exemplaire de cette notification aux autres Parties, qui examinent le problème à leur réunion suivante et décident des mesures appropriées à prendre.
- (4) Sieht sich eine in Absatz 1 bezeichnete Vertragspartei zu irgendeiner Zeit, bevor die in den Artikeln 2A bis 2E bezeichneten Verpflichtungen hinsichtlich der Regulationsmaßnahmen auf sie Anwendung finden, nicht in der Lage, eine ausreichende Versorgung mit geregelten Stoffen zu erlangen, so kann sie dies dem Sekretariat notifizieren. Das Sekretariat übermittelt eine Kopie dieser Notifikation umgehend den Vertragsparteien; diese beraten die Angelegenheit auf ihrer nächsten Tagung und beschließen angemessene Maßnahmen.
5. Developing the capacity to fulfil the obligations of the Parties operating under paragraph 1 of this Article to comply with the control measures set out in Articles 2A to 2E and their implementation by those same Parties will depend upon the effective implementation of the financial co-operation as provided by Article 10 and transfer of technology as provided by Article 10A.
5. Le développement des moyens permettant aux Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5 de s'acquitter de l'obligation de se conformer aux mesures de réglementation énoncées aux articles 2A à 2E et de les appliquer dépendra de la mise en œuvre effective de la coopération financière prévue à l'article 10 et au transfert de technologie prévu à l'article 10A.
- (5) Die Entwicklung der Fähigkeit der in Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen, die in den Artikeln 2A bis 2E bezeichneten Regulationsmaßnahmen einzuhalten, und die Umsetzung dieser Maßnahmen durch diese Vertragsparteien sind abhängig von der wirksamen Durchführung der in Artikel 10 vorgesehenen finanziellen Zusammenarbeit und der in Artikel 10A vorgesehenen Weitergabe von Technologie.
6. Any Party operating under paragraph 1 of this Article may, at any time, notify the Secretariat in writing that, having taken all practicable steps it is unable to implement any or all of the obligations laid down in Articles 2A to 2E due to the inadequate implementation of Articles 10 and 10A. The Secretariat shall forthwith transmit a copy of the notification to the Parties, which shall consider the matter at their next Meeting, giving due recognition to paragraph 5 of this Article and shall decide upon appropriate action to be taken.
6. Toute Partie visée au paragraphe 1 de l'article 5 peut, à tout moment, faire savoir par écrit au Secrétaire que, ayant pris toutes les mesures en son pouvoir, elle n'est pas en mesure d'appliquer une ou plusieurs des mesures de réglementation stipulées par les articles 2A à 2E du fait que les dispositions des articles 10 et 10A n'ont pas été suffisamment observées. Le Secrétaire transmet immédiatement un exemplaire de cette notification aux Parties qui examinent la question à leur réunion suivante compte dûment tenu du paragraphe 5 du présent article, et décident des mesures appropriées.
- (6) Jede in Absatz 1 bezeichnete Vertragspartei kann dem Sekretariat jederzeit schriftlich notifizieren, daß sie, obwohl sie alle durchführbaren Schritte unternommen hat, aufgrund der unzureichenden Durchführung der Artikel 10 und 10A nicht in der Lage ist, einzelne oder alle in den Artikeln 2A bis 2E genannten Verpflichtungen zu erfüllen. Das Sekretariat übermittelt eine Kopie der Notifikation umgehend den Vertragsparteien; diese beraten die Angelegenheit auf ihrer nächsten Tagung unter gebührender Berücksichtigung des Absatzes 5 und beschließen angemessene Maßnahmen.
7. During the period between notification and the Meeting of the Parties at which the appropriate action referred to in paragraph 6 above is to be decided, or for a further period if the Meeting of the Parties so decides, the non-compliance procedures referred to in Article 8 shall not be invoked against the notifying Party.
7. Au cours de la période qui s'écoule entre la notification et la réunion des Parties à laquelle les mesures appropriées mentionnées au paragraphe 6 ci-dessus doivent être décidées, ou pour une période plus longue si la réunion des Parties en décide ainsi, les procédures prévues à l'article 8 en cas de non respect ne seront pas invoquées à l'encontre de la Partie qui a donné notification.
- (7) In der Zeit zwischen der Notifikation und der Tagung der Vertragsparteien, auf der die in Absatz 6 bezeichneten angemessenen Maßnahmen beschlossen werden sollen, oder während eines weiteren Zeitraums, wenn die Tagung der Vertragsparteien dies beschließt, werden die in Artikel 8 bezeichneten Verfahren bei Nichteinhaltung gegen die notifizierende Vertragspartei nicht angewendet.
8. A Meeting of the Parties shall review, not later than 1995, the situation of the Parties operating under paragraph 1 of this Article, including the effective implementation of financial co-operation and transfer of technology to them, and adopt such revisions that may be deemed necessary regarding the schedule of control measures applicable to those Parties.
8. Une réunion des Parties examinera, au plus tard en 1995, la situation des Parties visées au paragraphe 1 du présent article, notamment en ce qui concerne la mise en œuvre effective de la coopération financière et le transfert des techniques prévus à leur intention et adopte les modifications qu'il pourrait être nécessaire d'apporter aux mesures de réglementation qui s'appliquent à ces Parties.
- (8) Eine Tagung der Vertragsparteien überprüft spätestens 1995 die Lage der in Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien, einschließlich der wirksamen Durchführung der finanziellen Zusammenarbeit und der Weitergabe von Technologie an diese Vertragsparteien, und beschließt die für notwendig befundenen Revisionen in bezug auf den für diese Vertragsparteien geltenden Zeitplan für die Regulationsmaßnahmen.

9. Decisions of the Parties referred to in paragraphs 4, 6 and 7 of this Article shall be taken according to the same procedure applied to decision-making under Article 10.

9. Les décisions des Parties visées aux paragraphes 4, 6 et 7 du présent article sont prises selon la même procédure que celle qui est prévue à l'article 10.

(9) Die Beschlüsse der Vertragsparteien nach den Absätzen 4, 6 und 7 werden nach demselben Verfahren gefaßt, das für die Beschlußfassung nach Artikel 10 gilt.

Q. Article 6:

Assessment and review of control measures

The following words shall be added after "Article 2" in Article 6 of the Protocol:

Articles 2A to 2E, and the situation regarding production, imports and exports of the transitional substances in Group I of Annex C

Q. Article 6:

Evaluation et examen des mesures de réglementation

Ajouter à l'article 6, après les mots «article 2», le membre de phrase suivant:

«et aux articles 2A à 2E ainsi que la situation touchant la production, les importations et les exportations des substances de transition du Groupe I de l'annexe C».

Q. Artikel 6:

Bewertung und Überprüfung der Regulationsmaßnahmen

In Artikel 6 des Protokolls werden nach „Artikel 2“ folgende Worte eingefügt:

und den Artikeln 2A bis 2E

und werden nach „Regelungsmaßnahmen“ folgende Worte eingefügt:

und die Lage im Hinblick auf Produktion, Einführen und Ausführen von Übergangsstoffen in Gruppe I der Anlage C

R. Article 7:

Reporting of data

1. Article 7 of the Protocol shall be replaced by the following:

1. Each Party shall provide to the Secretariat, within three months of becoming a Party, statistical data on its production, imports and exports of each of the controlled substances in Annex A for the year 1986, or the best possible estimates of such data where actual data are not available.

2. Each Party shall provide to the Secretariat statistical data on its production, imports and exports of each of the controlled substances in Annex B and each of the transitional substances in Group I of Annex C, for the year 1989, or the best possible estimates of such data where actual data are not available, not later than three months after the date when the provisions set out in the Protocol with regard to the substances in Annex B enter into force for that Party.

3. Each Party shall provide statistical data to the Secretariat on its annual production (as defined in paragraph 5 of Article 1), and, separately,

- amounts used for feedstocks,
- amounts destroyed by technologies approved by the Parties,
- imports and exports to Parties and non-Parties respectively,

of each of the controlled substances listed in Annexes A and B as well as of the transitional substances in

R. Article 7:

Communication des données

1. Le texte de l'article 7 du Protocole est remplacé par ce qui suit:

1. Chacune des Parties communique au Secrétariat, dans un délai de trois mois à compter de la date à laquelle elle est devenue Partie au Protocole, des données statistiques sur sa production, ses importations et ses exportations de chacune des substances réglementées de l'annexe A pour l'année 1986, ou les meilleures estimations possibles lorsque les données proprement dites font défaut.

2. Chacune des Parties communique au Secrétariat, dans un délai de trois mois à compter de la date à laquelle les dispositions énoncées dans le Protocole pour ces substances sont entrées en vigueur à l'égard de cette Partie, des données statistiques sur sa production, ses importations et ses exportations de chacune des substances de l'annexe B ainsi que des substances de transition du Groupe I de l'annexe C pour l'année 1989, ou les meilleures estimations possibles lorsque les données proprement dites font défaut.

3. Chacune des Parties communique au Secrétariat des données statistiques sur sa production annuelle (telle que définie au paragraphe 5 de l'article 1) et, séparément,

- sur les quantités utilisées comme matières premières,
- les quantités détruites par des techniques qui seront approuvées par les Parties,
- les importations et les exportations à destination respectivement des Parties et non Parties,

de chacune des substances réglementées des annexes A et B ainsi que des substances de transition du

1. Artikel 7 des Protokolls wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(1) Jede Vertragspartei übermittelt dem Sekretariat innerhalb von drei Monaten nach dem Tag, an dem sie Vertragspartei wird, statistische Daten über ihre Produktion, ihre Einführen und ihre Ausführen jedes der geregelten Stoffe in Anlage A für das Jahr 1986 oder, wenn solche Daten nicht vorliegen, bestmögliche Schätzungen.

(2) Jede Vertragspartei übermittelt dem Sekretariat spätestens drei Monate nach dem Tag, an dem die in dem Protokoll für die Stoffe in Anlage B festgelegten Bestimmungen für diese Vertragspartei in Kraft treten, statistische Daten über ihre Produktion, ihre Einführen und ihre Ausführen jedes der geregelten Stoffe in Anlage B und jedes der Übergangsstoffe in Gruppe I der Anlage C für das Jahr 1989 oder, wenn solche Daten nicht vorliegen, bestmögliche Schätzungen.

(3) Jede Vertragspartei übermittelt dem Sekretariat statistische Daten über ihre jährliche Produktion (im Sinne des Artikels 1 Nummer 5) und gesondert über

- Mengen, die als Ausgangsmaterial zur Herstellung anderer Stoffe verwendet wurden,
- Mengen, die durch von den Vertragsparteien genehmigte Verfahren vernichtet wurden,
- Einführen sowie Ausführen an Vertragsparteien und Nichtvertragsparteien

in bezug auf jeden der in den Anlagen A und B aufgeführten geregelten Stoffe sowie auf die Übergangsstoffe in Gruppe I der

Group I of Annex C, for the year during which provisions concerning the substances in Annex B entered into force for that Party and for each year thereafter. Data shall be forwarded not later than nine months after the end of the year to which the data relate.

4. For Parties operating under the provisions of paragraph 8(a) of Article 2, the requirements in paragraphs 1, 2 and 3 of this Article in respect of statistical data on imports and exports shall be satisfied if the regional economic integration organization concerned provides data on imports and exports between the organization and States that are not members of that organization.

S. Article 9:

Research, development,
public awareness
and exchange of information

Paragraph 1(a) of Article 9 of the Protocol shall be replaced by the following:

- (a) Best technologies for improving the containment, recovery, recycling, or destruction of controlled and transitional substances or otherwise reducing their emissions;

T. Article 10:

Financial mechanism

Article 10 of the Protocol shall be replaced by the following:

Article 10: Financial mechanism

1. The Parties shall establish a mechanism for the purposes of providing financial and technical co-operation, including the transfer of technologies, to Parties operating under paragraph 1 of Article 5 of this Protocol to enable their compliance with the control measures set out in Articles 2A to 2E of the Protocol. The mechanism, contributions to which shall be additional to other financial transfers to Parties operating under that paragraph, shall meet all agreed incremental costs of such Parties in order to enable their compliance with the control measures of the Protocol. An indicative list of the categories of incremental costs shall be decided by the meeting of the Parties.
2. The mechanism established under paragraph 1 shall include a Multilateral Fund. It may also include other means

Groupe I de l'annexe C, pour l'année au cours de laquelle les dispositions concernant les substances de l'annexe B sont entrées en vigueur à l'égard de la Partie considérée et pour chacune des années suivantes. Ces données sont communiquées dans un délai maximal de neuf mois après la fin de l'année à laquelle elles se rapportent.

4. Les Parties régies par les dispositions du paragraphe 8a) de l'article 2 auront satisfait aux obligations prévues aux paragraphes 1, 2 et 3 du présent article relatives à la communication de données statistiques sur les importations et les exportations si l'organisation régionale d'intégration économique compétente fournit des données sur les importations et exportations entre l'organisation et les États qui n'en sont pas membres.

S. Article 9:

Recherche, développement,
sensibilisation du public
et échange de renseignements

L'alinéa a) du paragraphe 1 de l'article 9 du Protocole est remplacé par ce qui suit:

- a) Les techniques les plus propres à améliorer le confinement, la récupération, le recyclage ou la destruction des substances réglementées et des substances de transition ou à réduire par d'autres moyens les émissions de ces substances;

T. Article 10:

Mécanisme de financement

L'article 10 du Protocole est remplacé par les paragraphes suivants:

Article 10: Mécanisme de financement

1. Les Parties établissent un mécanisme de financement pour assurer aux Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5 du présent Protocole une coopération financière et technique, notamment pour le transfert de techniques, afin de leur permettre de respecter les mesures de réglementation prévues aux articles 2A à 2E du Protocole. Ce mécanisme de financement, qui sera alimenté par des contributions qui viendront s'ajouter aux autres apports financiers dont bénéficieront ces Parties et couvrira tous les surcoûts convenus pour lesdites Parties afin qu'elles puissent observer les mesures de réglementation prévues par le Protocole. Une liste indicative des catégories de surcoûts sera arrêtée par la réunion des Parties.
2. Le mécanisme créé en vertu du paragraphe 1 du présent article comprend un fonds multilatéral. Il peut aussi com-

Anlage C für das Jahr, in dem die Bestimmungen betreffend die Stoffe in Anlage B für diese Vertragspartei in Kraft getreten sind, sowie für jedes darauffolgende Jahr. Die Daten werden spätestens neun Monate nach Ablauf des Jahres übermittelt, auf das sie sich beziehen.

- (4) Für die in Artikel 2 Absatz 8 Buchstabe a bezeichneten Vertragsparteien sind die Erfordernisse der Absätze 1, 2 und 3 des vorliegenden Artikels im Hinblick auf statistische Daten über Einfuhren und Ausfuhren erfüllt, wenn die betreffende Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration Daten über Einfuhren und Ausfuhren zwischen der Organisation und Staaten, die nicht Mitglieder dieser Organisation sind, zur Verfügung stellt.

S. Artikel 9:

Forschung, Entwicklung,
öffentliches Bewußtsein
und Informationsaustausch

Absatz 1 Buchstabe a des Artikels 9 des Protokolls wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

- a) geeignetste Technologien zur Verbesserung der Einkapselung, Rückgewinnung, Verwertung oder Vernichtung von geregelten Stoffen und Übergangsstoffen oder zur sonstigen Verminderung der Emissionen solcher Stoffe;

T. Artikel 10:

Finanzierungsmechanismus

Artikel 10 des Protokolls wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 10: Finanzierungsmechanismus

(1) Die Vertragsparteien legen einen Mechanismus fest mit dem Ziel, den in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien finanzielle und technische Zusammenarbeit einschließlich der Weitergabe von Technologien zur Verfügung zu stellen, um ihnen die Einhaltung der in den Artikeln 2A bis 2E festgelegten Regulationsmaßnahmen zu ermöglichen. Der Mechanismus, der durch Beiträge gespeist wird, die zusätzlich zu anderen finanziellen Zuwendungen an die in dem genannten Absatz bezeichneten Vertragsparteien geleistet werden, dient zur Deckung aller vereinbarten Mehrkosten dieser Vertragsparteien, um ihnen die Einhaltung der Regulationsmaßnahmen des Protokolls zu ermöglichen. Eine als Anhaltspunkt dienende Liste der Kategorien von Mehrkosten wird von der Tagung der Vertragsparteien beschlossen.

(2) Der nach Absatz 1 festgelegte Mechanismus umfaßt einen Multilateralen Fonds. Er kann auch andere Arten der multilatera-

of multilateral, regional and bilateral co-operation.

3. The Multilateral Fund shall:

- (a) Meet, on a grant or concessional basis as appropriate, and according to criteria to be decided upon by the Parties, the agreed incremental costs;
- (b) Finance clearing-house functions to:
 - (i) Assist Parties operating under paragraph 1 of Article 5, through country specific studies and other technical co-operation, to identify their needs for co-operation;
 - (ii) Facilitate technical co-operation to meet these identified needs;
 - (iii) Distribute, as provided for in Article 9, information and relevant materials, and hold workshops, training sessions, and other related activities, for the benefit of Parties that are developing countries; and
 - (iv) Facilitate and monitor other multilateral, regional and bilateral co-operation available to Parties that are developing countries;
- (c) Finance the secretarial services of the Multilateral Fund and related support costs.

4. The Multilateral Fund shall operate under the authority of the Parties who shall decide on its overall policies.

5. The Parties shall establish an Executive Committee to develop and monitor the implementation of specific operational policies, guidelines and administrative arrangements, including the disbursement of resources, for the purpose of achieving the objectives of the Multilateral Fund. The Executive Committee shall discharge its tasks and responsibilities, specified in its terms of reference as agreed by the Parties, with the co-operation and assistance of the International Bank for Reconstruction and Development (World Bank), the United Nations Environment Programme, the United Nations Development Programme or other appropriate agencies depending on their respective areas of expertise. The members of the Executive Committee, which shall be selected on the basis of a balanced representation of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5 and of the Parties not so operating, shall be endorsed by the Parties.

prendre d'autres moyens de financement multilatéral, régional et de coopération bilatérale.

3. Le Fonds multilatéral:

- a) Couvrir, gracieusement ou au moyen de prêts à des conditions de faveur, selon le cas et en fonction de critères qui seront fixés par les Parties, les surcoûts convenus;
- b) Financer le centre d'échange et, à ce titre:
 - i) Aider les Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5 à définir leurs besoins en matière de coopération, grâce à des études portant sur les pays et d'autres formes de coopération technique;
 - ii) Faciliter la coopération technique pour satisfaire les besoins identifiés;
 - iii) Diffuser, en application de l'article 9, des informations et de la documentation pertinente, organiser des ateliers, stages de formation et autres activités apparentées à l'intention des Parties qui sont des pays en développement;
 - iv) Faciliter et suivre les autres éléments de coopération bilatérale, régionale et multilatérale à la disposition des Parties qui sont des pays en développement;
- c) Financer les services de secrétariat du Fonds multilatéral et les dépenses d'appui connexes.

4. Le Fonds multilatéral est placé sous l'autorité des Parties, qui en déterminent la politique générale.

5. Les Parties créent un comité exécutif qui sera chargé de définir et de surveiller l'application des politiques opérationnelles, directives et arrangements administratifs, y compris le décaissement des ressources nécessaires à la réalisation des objectifs du Fonds. Le Comité exécutif s'acquittera de ses fonctions et responsabilités conformément à ses statuts adoptés par les Parties et en coopération et avec l'assistance de la Banque internationale pour la reconstruction et le développement (Banque mondiale), du Programme des Nations Unies pour l'environnement, du Programme des Nations Unies pour le développement et d'autres organismes appropriés en fonction de leurs domaines de compétence respectifs. Les membres du comité exécutif, qui sont choisis selon le principe d'une représentation équilibrée des Parties visées et des Parties non visées au paragraphe 1 de l'article 5, sont nommés par les Parties.

len, regionalen und bilateralen Zusammenarbeit einschließen.

(3) Der Multilaterale Fonds hat die Aufgabe,

- a) die vereinbarten Mehrkosten durch Zuschüsse beziehungsweise Darlehen zu Vorzugsbedingungen nach Kriterien, die von den Vertragsparteien beschlossen werden, zu decken;
- b) die Tätigkeit einer Verrechnungsstelle zu finanzieren, um
 - i) den in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragspartei durch landesspezifische Untersuchungen und sonstige technische Zusammenarbeit zu helfen, ihre Bedürfnisse im Hinblick auf die Zusammenarbeit zu ermitteln;
 - ii) die technische Zusammenarbeit zu erleichtern, um diesen ermittelten Bedürfnissen gerecht zu werden;
 - iii) nach Artikel 9 Informationen und einschlägige Materialien zu verteilen, Arbeits- und Schulungsseminare sowie sonstige verwandte Tätigkeiten zugunsten der Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, durchzuführen und
 - iv) sonstige multilaterale, regionale und bilaterale Zusammenarbeit für Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, zu erleichtern und zu überwachen;
- c) die Sekretariatsdienste des Multilateralen Fonds und damit verbundene begleitende Kosten zu finanzieren.

(4) Der Multilaterale Fonds untersteht den Vertragsparteien, die seine allgemeine Politik bestimmen.

(5) Die Vertragsparteien gründen einen Exekutivausschuß zur Planung und Überwachung der Durchführung bestimmter Arbeitsgrundsätze, Leitlinien und Verwaltungsregelungen, einschließlich der Vergabe von Geldmitteln, zu dem Zweck, die Ziele des Multilateralen Fonds zu erreichen. Der Exekutivausschuß nimmt seine in seinem von den Vertragsparteien vereinbarten Mandat festgelegten Aufgaben und Verantwortlichkeiten unter Mitwirkung und mit Unterstützung der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank), des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen oder anderer geeigneter Gremien entsprechend ihrem jeweiligen Fachgebiet wahr. Die Mitglieder des Exekutivausschusses, die auf der Grundlage einer ausgewogenen Vertretung der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien und der nicht in jenem Absatz bezeichneten Vertragsparteien ausgewählt werden, werden von den Vertragsparteien bestätigt.

6. The Multilateral Fund shall be financed by contributions from Parties not operating under paragraph 1 of Article 5 in convertible currency or, in certain circumstances, in kind and/or in national currency, on the basis of the United Nations scale of assessments. Contributions by other Parties shall be encouraged. Bilateral and, in particular cases agreed by a decision of the Parties, regional co-operation may, up to a percentage and consistent with any criteria to be specified by decision of the Parties, be considered as a contribution to the Multilateral Fund, provided that such co-operation, as a minimum:
- (a) Strictly relates to compliance with the provisions of this Protocol;
- (b) Provides additional resources; and
- (c) Meets agreed incremental costs.
7. The Parties shall decide upon the programme budget of the Multilateral Fund for each fiscal period and upon the percentage of contributions of the individual Parties thereto.
8. Resources under the Multilateral Fund shall be disbursed with the concurrence of the beneficiary Party.
9. Decisions by the Parties under this Article shall be taken by consensus whenever possible. If all efforts at consensus have been exhausted and no agreement reached, decisions shall be adopted by a two-thirds majority vote of the Parties present and voting, representing a majority of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5 present and voting and a majority of the Parties not so operating present and voting.
10. The financial mechanism set out in this Article is without prejudice to any future arrangements that may be developed with respect to other environmental issues.
6. Les contributions au Fonds multilatéral, qui seront versées en monnaies convertibles ou, à titre exceptionnel, en nature et/ou en monnaie nationale, sont versées par les Parties qui ne sont pas visées au paragraphe 1 de l'article 5 sur la base du barème des quotes-parts de l'ONU. On encouragera le versement de contributions par d'autres Parties. Les fonds versés au titre de la coopération bilatérale et, dans certains cas dont les Parties seront convenues, de la coopération régionale, peuvent, jusqu'à un certain pourcentage et en fonction de critères qui seront spécifiés par les Parties, être considérés comme des contributions au Fonds multilatéral, à condition que cette coopération au minimum
- a) Ait strictement pour objet d'assurer le respect des dispositions du Protocole de Montréal;
- b) Apporte des ressources additionnelles;
- c) Couvre les surcoûts convenus.
7. Les Parties adoptent le budget du Fonds multilatéral correspondant à chaque exercice financier et le barème des contributions des Parties.
8. Les ressources du Fonds multilatéral sont décaissées avec l'accord de la Partie bénéficiaire.
9. Les décisions des Parties auxquelles il est fait référence dans le présent article sont prises par consensus chaque fois que possible. Lorsque tous les efforts pour aboutir à un consensus ont échoué et que l'on n'est parvenu à aucun accord, les décisions sont adoptées à la majorité des deux tiers des Parties présentes et participant au vote, majorité qui représente la majorité des voix des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5 présentes et participant au vote et la majorité des voix des Parties qui ne sont pas visées par cet article présentes et participant au vote.
10. Le mécanisme financier exposé dans le présent article ne préjuge pas des arrangements futurs qui pourraient être mis en place touchant d'autres problèmes d'environnement.
- (6) Der Multilaterale Fonds wird aus Beiträgen der nicht in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien in konvertierbarer Währung oder unter bestimmten Umständen in Sachleistungen und/oder in der Landeswährung auf der Grundlage des Beitragsschlüssels der Vereinten Nationen finanziert. Andere Vertragsparteien werden zur Beitragsleistung ermutigt. Bilaterale und in durch Beschluß der Vertragsparteien vereinbarten besonderen Fällen regionale Zusammenarbeit können bis zu einem Prozentsatz und nach Kriterien, die durch Beschluß der Vertragsparteien festzulegen sind, als Beitrag zum Multilateralen Fonds angesehen werden, vorausgesetzt, daß zumindest folgende Bedingungen erfüllt sind:
- a) Die Zusammenarbeit dient ausschließlich der Erfüllung der Bestimmungen dieses Protokolls;
- b) sie stellt zusätzliche Mittel zur Verfügung;
- c) sie deckt die vereinbarten Mehrkosten.
- (7) Die Vertragsparteien beschließen den Programmbudget des Multilateralen Fonds für jede Rechnungsperiode und den Beitragsanteil der einzelnen Vertragsparteien zu diesem Haushalt.
- (8) Die Mittel des Multilateralen Fonds werden in Zusammenarbeit mit der begünstigten Vertragspartei vergeben.
- (9) Beschlüsse der Vertragsparteien nach diesem Artikel werden, wenn möglich, durch Konsens gefaßt. Sind alle Bemühungen um einen Konsens erschöpft und wird keine Einigung erzielt, so werden die Beschlüsse mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien gefaßt, die eine Mehrheit der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien und eine Mehrheit der nicht in jenem Absatz bezeichneten anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien vertritt.
- (10) Der in diesem Artikel vorgesehene Finanzierungsmechanismus läßt künftige Regelungen, die möglicherweise im Hinblick auf andere Umweltfragen entwickelt werden, unberührt.

U. Article 10A:

Transfer of technology

The following Article shall be added to the Protocol as Article 10A:

Article 10A:

Transfer of technology

Each Party shall take every practicable step, consistent with the programmes supported by the financial mechanism, to ensure:

U. Article 10A:

Transfert de technologies

L'article ci-après sera ajouté au Protocole en tant qu'article 10A:

Article 10A:

Transfert de technologies

Chaque Partie prend toutes les mesures possibles, compatibles avec les programmes financés par le mécanisme de financement, pour que:

U. Artikel 10A:

Weitergabe von Technologie

Folgender Artikel wird als Artikel 10A in das Protokoll eingefügt:

Artikel 10A:

Weitergabe von Technologie

Jede Vertragspartei unternimmt im Einklang mit den im Rahmen des Finanzierungsmechanismus geförderten Programmen alle durchführbaren Schritte, um sicherzustellen,

- (a) That the best available, environmentally safe substitutes and related technologies are expeditiously transferred to Parties operating under paragraph 1 of Article 5; and
- (b) That the transfers referred to in subparagraph (a) occur under fair and most favourable conditions.

- a) Les meilleurs produits de remplacement et techniques connexes sans danger pour l'environnement soient transférés au plus vite aux Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5,
- b) Les transferts mentionnés à l'alinéa a) soient effectués dans des conditions équitables et les plus favorables.

- a) daß die besten verfügbaren umweltverträglichen Ersatzprodukte und damit zusammenhängenden Technologien rasch an die in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien weitergegeben werden und
- b) daß die unter Buchstabe a vorgesehene Weitergabe unter gerechten und möglichst günstigen Bedingungen stattfindet.

V. Article 11:

Meetings of the Parties

Paragraph 4(g) of Article 11 of the Protocol shall be replaced by the following:

- (g) Assess, in accordance with Article 6, the control measures and the situation regarding transitional substances;

V. Article 11:

Réunions des Parties

Le paragraphe 4, alinéa g), de l'article 11 du Protocole est remplacé par ce qui suit:

- g) Evaluer, en application de l'article 6, les mesures de réglementation et la situation en ce qui concerne les substances de transition;

V. Artikel 11:

Tagungen der Vertragsparteien

Absatz 4 Buchstabe g des Artikels 11 des Protokolls wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

- g) sie bewerten nach Artikel 6 die Regellungsmaßnahmen und die Lage im Hinblick auf Übergangsstoffe;

W. Article 17:

Parties joining after entry into force

The following words shall be added after "as well as under" in Article 17:

Articles 2A to 2E, and

W. Article 17:

Parties adhérant après l'entrée en vigueur

Après «article 2», ajouter «des articles 2A à 2 E» à l'article 17.

W. Artikel 17:

Vertragsparteien, die nach dem Inkrafttreten beitreten

In Artikel 17 werden nach „Artikeln 2“ folgende Worte eingefügt:

, 2A bis 2E

X. Article 19:

Withdrawal

Article 19 of the Protocol shall be replaced by the following paragraph:

Any Party may withdraw from this Protocol by giving written notification to the Depositary at any time after four years of assuming the obligations specified in paragraph 1 of Article 2A. Any such withdrawal shall take effect upon expiry of one year after the date of its receipt by the Depositary, or on such later date as may be specified in the notification of the withdrawal.

X. Article 19:

Dénonciation

Le texte de l'article 19 du Protocole est remplacé par le paragraphe suivant:

Toute Partie peut dénoncer le présent Protocole, par notification écrite donnée au Dépositaire, à l'expiration d'un délai de quatre ans après avoir accepté les obligations spécifiées au paragraphe 1 de l'article 2A. Toute dénonciation prend effet à l'expiration d'un délai d'un an suivant la date de sa réception par le Dépositaire ou à toute date ultérieure qui peut être spécifiée dans la notification de dénonciation.

X. Artikel 19:

Rücktritt

Artikel 19 des Protokolls wird durch folgenden Absatz ersetzt:

Jede Vertragspartei kann jederzeit nach Ablauf von vier Jahren nach dem Zeitpunkt, zu dem sie die in Artikel 2A Absatz 1 vorgesehenen Verpflichtungen übernommen hat, durch eine an den Verwahrer gerichtete schriftliche Notifikation von dem Protokoll zurücktreten. Der Rücktritt wird nach Ablauf eines Jahres nach dem Eingang der Notifikation beim Verwahrer oder zu einem gegebenenfalls in der Rücktrittsnotifikation genannten späteren Zeitpunkt wirksam.

Y. Annexes

The following annexes shall be added to the Protocol:

Annex B

Controlled substances

Group	Substance	Ozone-depleting potential
Group I		
CF ₃ Cl	(CFC-13)	1,0
C ₂ FCl ₅	(CFC-111)	1,0
C ₂ F ₂ Cl ₄	(CFC-112)	1,0
C ₃ FCI ₇	(CFC-211)	1,0
C ₃ F ₂ Cl ₆	(CFC-212)	1,0
C ₃ F ₃ Cl ₅	(CFC-213)	1,0
C ₃ F ₄ Cl ₄	(CFC-214)	1,0
C ₃ F ₅ Cl ₃	(CFC-215)	1,0
C ₃ F ₆ Cl ₂	(CFC-216)	1,0
C ₃ F ₇ Cl	(CFC-217)	1,0

Y. Annexes

Les annexes ci-après sont ajoutées au Protocole:

Annexe B

Substances réglementées

Groupe	Substance	Potentiel d'appauvrissement de l'ozone
Groupe I		
CF ₃ Cl	(CFC-13)	1,0
C ₂ FCl ₅	(CFC-111)	1,0
C ₂ F ₂ Cl ₄	(CFC-112)	1,0
C ₃ FCI ₇	(CFC-211)	1,0
C ₃ F ₂ Cl ₆	(CFC-212)	1,0
C ₃ F ₃ Cl ₅	(CFC-213)	1,0
C ₃ F ₄ Cl ₄	(CFC-214)	1,0
C ₃ F ₅ Cl ₃	(CFC-215)	1,0
C ₃ F ₆ Cl ₂	(CFC-216)	1,0
C ₃ F ₇ Cl	(CFC-217)	1,0

Y. Anlagen

Folgende Anlagen werden dem Protokoll angefügt:

Anlage B

Geregelte Stoffe

Gruppe	Stoff	Ozonabbau-potential
Gruppe I		
CClF ₃	(R 13)	1,0
C ₂ Cl ₅ F	(R 111)	1,0
C ₂ Cl ₄ F ₂	(R 112)	1,0
C ₃ Cl ₇ F	(R 211)	1,0
C ₃ Cl ₆ F ₂	(R 212)	1,0
C ₃ Cl ₅ F ₃	(R 213)	1,0
C ₃ Cl ₄ F ₄	(R 214)	1,0
C ₃ Cl ₃ F ₅	(R 215)	1,0
C ₃ Cl ₂ F ₆	(R 216)	1,0
C ₃ ClF ₇	(R 217)	1,0

Group	Substance	Ozone-depleting potential	Groupe	Substance	Potentiel d'appauvrissement de l'ozone	Gruppe	Stoff	Ozonabbau-potential
Group II			Groupe II			Gruppe II		
CCl ₄	carbon tetra-chloride	1.1	CCl ₄	Tétra-chlorure de carbone	1,1	CCl ₄	Tetra-chlorkohlenstoff	1,1
Group III			Groupe III			Gruppe III		
C ₂ H ₃ Cl ₃ *)	1,1,1-tri-chloroethane (methyl chloroform)	0.1	C ₂ H ₃ Cl ₃ *)	1,1,1, Tri-chloroéthane (méthyle chloroforme)	0,1	C ₂ H ₃ Cl ₃ *)	1,1,1-Tri-chlorethan (Methyl-chloroform)	0,1
Annex C Transitional substances			Annexe C Substances de transition			Anlage C Übergangsstoffe (H-FCKW)		
Group	Substance		Groupe	Substance		Gruppe	Stoff	
Group I			Groupe I			Gruppe I		
CHFCI ₂	(HCFC-21)		CHFCI ₂	(HCFC-21)		CHCl ₂ F	(R 21)	
CHF ₂ Cl	(HCFC-22)		CHF ₂ Cl	(HCFC-22)		CHClF ₂	(R 22)	
CH ₂ FCI	(HCFC-31)		CH ₂ FCI	(HCFC-31)		CH ₂ ClF	(R 31)	
C ₂ HFCI ₄	(HCFC-121)		C ₂ HFCI ₄	(HCFC-121)		C ₂ HCl ₃ F	(R 121)	
C ₂ HF ₂ Cl ₃	(HCFC-122)		C ₂ HF ₂ Cl ₃	(HCFC-122)		C ₂ HCl ₂ F ₂	(R 122)	
C ₂ HF ₃ Cl ₂	(HCFC-123)		C ₂ HF ₃ Cl ₂	(HCFC-123)		C ₂ HCl ₂ F ₃	(R 123)	
C ₂ HF ₄ Cl	(HCFC-124)		C ₂ HF ₄ Cl	(HCFC-124)		C ₂ HClF ₄	(R 124)	
C ₂ H ₂ FCI ₃	(HCFC-131)		C ₂ H ₂ FCI ₃	(HCFC-131)		C ₂ H ₂ Cl ₃ F	(R 131)	
C ₂ H ₂ F ₂ Cl ₂	(HCFC-132)		C ₂ H ₂ F ₂ Cl ₂	(HCFC-132)		C ₂ H ₂ Cl ₂ F ₂	(R 132)	
C ₂ H ₂ F ₃ Cl	(HCFC-133)		C ₂ H ₂ F ₃ Cl	(HCFC-133)		C ₂ H ₂ ClF ₃	(R 133)	
C ₂ H ₃ FCI ₂	(HCFC-141)		C ₂ H ₃ FCI ₂	(HCFC-141)		C ₂ H ₃ Cl ₂ F	(R 141)	
C ₂ H ₃ F ₂ Cl	(HCFC-142)		C ₂ H ₃ F ₂ Cl	(HCFC-142)		C ₂ H ₃ ClF ₂	(R 142)	
C ₂ H ₄ FCI	(HCFC-151)		C ₂ H ₄ FCI	(HCFC-151)		C ₂ H ₄ ClF	(R 151)	
C ₃ HFCI ₆	(HCFC-221)		C ₃ HFCI ₆	(HCFC-221)		C ₃ HCl ₅ F	(R 221)	
C ₃ HF ₂ Cl ₅	(HCFC-222)		C ₃ HF ₂ Cl ₅	(HCFC-222)		C ₃ HCl ₅ F ₂	(R 222)	
C ₃ HF ₃ Cl ₄	(HCFC-223)		C ₃ HF ₃ Cl ₄	(HCFC-223)		C ₃ HCl ₄ F ₃	(R 223)	
C ₃ HF ₄ Cl ₃	(HCFC-224)		C ₃ HF ₄ Cl ₃	(HCFC-224)		C ₃ HCl ₃ F ₄	(R 224)	
C ₃ HF ₅ Cl ₂	(HCFC-225)		C ₃ HF ₅ Cl ₂	(HCFC-225)		C ₃ HCl ₂ F ₅	(R 225)	
C ₃ HF ₆ Cl	(HCFC-226)		C ₃ HF ₆ Cl	(HCFC-226)		C ₃ HClF ₆	(R 226)	
C ₃ H ₂ FCI ₅	(HCFC-231)		C ₃ H ₂ FCI ₅	(HCFC-231)		C ₃ H ₂ Cl ₅ F	(R 231)	
C ₃ H ₂ F ₂ Cl ₄	(HCFC-232)		C ₃ H ₂ F ₂ Cl ₄	(HCFC-232)		C ₃ H ₂ Cl ₄ F ₂	(R 232)	
C ₃ H ₂ F ₃ Cl ₃	(HCFC-233)		C ₃ H ₂ F ₃ Cl ₃	(HCFC-233)		C ₃ H ₂ Cl ₃ F ₃	(R 233)	
C ₃ H ₂ F ₄ Cl ₂	(HCFC-234)		C ₃ H ₂ F ₄ Cl ₂	(HCFC-234)		C ₃ H ₂ Cl ₂ F ₄	(R 234)	
C ₃ H ₂ F ₅ Cl	(HCFC-235)		C ₃ H ₂ F ₅ Cl	(HCFC-235)		C ₃ H ₂ ClF ₅	(R 235)	
C ₃ H ₃ FCI ₄	(HCFC-241)		C ₃ H ₃ FCI ₄	(HCFC-241)		C ₃ H ₃ Cl ₄ F	(R 241)	
C ₃ H ₃ F ₂ Cl ₃	(HCFC-242)		C ₃ H ₃ F ₂ Cl ₃	(HCFC-242)		C ₃ H ₃ Cl ₃ F ₂	(R 242)	
C ₃ H ₃ F ₃ Cl ₂	(HCFC-243)		C ₃ H ₃ F ₃ Cl ₂	(HCFC-243)		C ₃ H ₃ Cl ₂ F ₃	(R 243)	
C ₃ H ₃ F ₄ Cl	(HCFC-244)		C ₃ H ₃ F ₄ Cl	(HCFC-244)		C ₃ H ₃ ClF ₄	(R 244)	
C ₃ H ₄ FCI ₃	(HCFC-251)		C ₃ H ₄ FCI ₃	(HCFC-251)		C ₃ H ₄ Cl ₃ F	(R 251)	
C ₃ H ₄ F ₂ Cl ₂	(HCFC-252)		C ₃ H ₄ F ₂ Cl ₂	(HCFC-252)		C ₃ H ₄ Cl ₂ F ₂	(R 252)	
C ₃ H ₄ F ₃ Cl	(HCFC-253)		C ₃ H ₄ F ₃ Cl	(HCFC-253)		C ₃ H ₄ ClF ₃	(R 253)	
C ₃ H ₅ FCI ₂	(HCFC-261)		C ₃ H ₅ FCI ₂	(HCFC-261)		C ₃ H ₅ Cl ₂ F	(R 261)	
C ₃ H ₅ F ₂ Cl	(HCFC-262)		C ₃ H ₅ F ₂ Cl	(HCFC-262)		C ₃ H ₅ ClF ₂	(R 262)	
C ₃ H ₆ FCI	(HCFC-271)		C ₃ H ₆ FCI	(HCFC-271)		C ₃ H ₆ ClF	(R 271)	

Article 2: Entry into force

1. This Amendment shall enter into force on 1 January 1992, provided that at least twenty instruments of ratification, acceptance or approval of the Amendment have been deposited by States or regional economic integration organiza-

Article 2: Entrée en vigueur

1. Le présent amendement entre en vigueur le 1^{er} janvier 1992, sous réserve du dépôt à cette date d'au moins vingt instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation dudit amendement par des Etats ou des organisations

Artikel 2: Inkrafttreten

1. Diese Änderung tritt am 1. Januar 1992 in Kraft, sofern mindestens zwanzig Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden zu der Änderung von Staaten oder Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration hinterlegt

*) This Formula does not refer to 1,1,2-trichloroethane.

*) La formule ne se rapporte pas au 1, 1, 2-trichloroéthane. *) Diese Formel bezieht sich nicht auf 1,1,2-Trichlorethan.

tions that are Parties to the Montreal Protocol on Substances that Deplete the Ozone Layer. In the event that this condition has not been fulfilled by that date, the Amendment shall enter into force on the ninetieth day following the date on which it has been fulfilled.

2. For the purposes of paragraph 1, any such instrument deposited by a regional economic integration organization shall not be counted as additional to those deposited by member States of such organization.

3. After the entry into force of this Amendment as provided under paragraph 1, it shall enter into force for any other Party to the Protocol on the ninetieth day following the date of deposit of its instrument of ratification, acceptance or approval.

régionales d'intégration économique qui sont Parties au Protocole de Montréal relatif à des substances qui appauvrissent la couche d'ozone. Si, à cette date, cette condition n'a pas été remplie, l'amendement entre en vigueur le quatre-vingt-dixième jour suivant la date à laquelle elle a été remplie.

2. Aux fins du paragraphe 1, aucun des instruments déposés par une organisation régionale d'intégration économique ne doit être considéré comme un instrument venant s'ajouter aux instruments déjà déposés par les Etats Membres de ladite organisation.

3. Postérieurement à l'entrée en vigueur du présent amendement conformément au paragraphe 1, cet amendement entre en vigueur pour toute autre Partie au Protocole le quatre-vingt-dixième jour suivant la date du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

sind, die Vertragsparteien des Montrealer Protokolls über die Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, sind. Ist diese Bedingung bis zu dem genannten Tag nicht erfüllt, so tritt die Änderung am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem sie erfüllt worden ist.

2. Für die Zwecke der Absatzes 1 zählt eine von einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration hinterlegte Urkunde nicht als zusätzliche Urkunde zu den von den Mitgliedsstaaten der betreffenden Organisation hinterlegten Urkunden.

3. Nach Inkrafttreten dieser Änderung gemäß Absatz 1 tritt sie für jede andere Vertragspartei des Protokolls am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

**Anpassungen
zum Montrealer Protokoll über Stoffe,
die zu einem Abbau der Ozonschicht führen**

**Adjustments
to the Montreal Protocol on Substances
that Deplete the Ozone Layer**

**Ajustements
à apporter au Protocole de Montréal
relatif à des substances qui appauvrissent la couche d'ozone**

(Übersetzung)

The Second Meeting of the Parties to the Montreal Protocol on Substances that Deplete the Ozone Layer decides, on the basis of assessments made pursuant to Article 6 of the Protocol, to adopt adjustments and reductions of production and consumption of the controlled substances in Annex A to the Protocol, as follows, with the understanding that:

- (a) References in Article 2 to "this Article" and throughout the Protocol to "Article 2" shall be interpreted as references to Articles 2, 2A and 2B;
- (b) References throughout the Protocol to "paragraphs 1 to 4 of Article 2" shall be interpreted as references to Articles 2A and 2B; and
- (c) The reference in paragraph 5 of Article 2 to "paragraphs 1, 3 and 4" shall be interpreted as a reference to Article 2A.

A. Article 2A: CFCs

Paragraph 1 of Article 2 of the Protocol shall become paragraph 1 of Article 2A, which shall be entitled "Article 2A: CFCs". Paragraphs 3 and 4 of Article 2 shall be replaced by the following paragraphs, which shall be numbered paragraphs 2 to 6 of Article 2A:

2. Each Party shall ensure that for the period from 1 July 1991 to 31 December 1992 its calculated levels of consumption and production of the controlled substances in Group I of Annex A do not exceed 150 per cent of its calculated levels of production and consumption of those substances in 1986; with effect from 1 January 1993, the twelve-month control period for these controlled substances shall run from 1 January to 31 December each year.

3. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 1995, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of con-

Sur la base des évaluations effectuées conformément à l'article 6 du Protocole, la Deuxième réunion des Parties au Protocole de Montréal relatif à des substances qui appauvrissent la couche d'ozone décide d'adopter les ajustements et réductions de la production ou de la consommation des substances réglementées figurant à l'annexe A du Protocole comme suit, étant entendu que:

- a) L'expression «le présent article» dans le texte de l'article 2 et l'expression «article 2» dans l'ensemble du texte du Protocole seront interprétées comme se rapportant aux articles 2, 2A et 2B;
- b) Dans l'ensemble du texte du Protocole, l'expression «paragraphes 1 à 4 de l'article 2» sera interprétée comme se rapportant aux articles 2A et 2B;
- c) L'expression «paragraphes 1, 3 et 4» figurant dans le texte du paragraphe 5 de l'article 2 sera interprétée comme se rapportant à l'article 2A.

A. Article 2A – CFC

Le paragraphe 1 de l'article 2 du Protocole devient le paragraphe 1 de l'article 2A qui est intitulé: «article 2A – CFC». Les paragraphes 3 et 4 de l'article 2 sont remplacés par les paragraphes ci-après qui seront numérotés paragraphes 2 à 6 de l'article 2A:

2. Pendant la période allant du 1^{er} juillet 1991 au 31 décembre 1992 chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation et de production des substances réglementées du Groupe I de l'annexe A n'excède pas 150 pour cent de son niveau calculé de production et de consommation de ces substances en 1986; à compter du 1^{er} janvier 1993, la période de réglementation de douze mois pour ces substances courra du 1^{er} janvier au 31 décembre de chaque année.

3. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 1995 et, ensuite, pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son

Die zweite Tagung der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, beschließt auf der Grundlage der nach Artikel 6 des Protokolls durchgeführten Bewertungen die Annahme der folgenden Anpassungen und Verminderungen der Produktion und des Verbrauchs der geregelten Stoffe in Anlage A zum Protokoll, wobei davon ausgegangen wird,

- a) daß Verweise auf „diesen Artikel“ in Artikel 2 sowie Verweise auf „Artikel 2“ im gesamten Protokoll als Verweise auf die Artikel 2, 2A und 2B ausgelegt werden;
- b) daß Verweise auf „Artikel 2 Absätze 1 bis 4“ im gesamten Protokoll als Verweise auf die Artikel 2A und 2B ausgelegt werden und
- c) daß der Verweis auf „Absätze 1, 3 und 4“ in Artikel 2 Absatz 5 als Verweis auf Artikel 2A ausgelegt wird.

A. Artikel 2A: FCKW

Absatz 1 des Artikels 2 des Protokolls wird Absatz 1 des Artikels 2A, der die Überschrift „Artikel 2A: FCKW“ erhält. Die Absätze 3 und 4 des Artikels 2 werden durch die folgenden Absätze ersetzt, die Absätze 2 bis 6 des Artikels 2A werden:

(2) Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß während des Zeitraums vom 1. Juli 1991 bis zum 31. Dezember 1992 der berechnete Umfang ihres Verbrauchs und ihrer Produktion der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage A 150 v.H. desjenigen von 1986 nicht übersteigt; mit Wirkung vom 1. Januar 1993 läuft der Regelungszeitraum von zwölf Monaten für diese geregelten Stoffe vom 1. Januar bis zum 31. Dezember jedes Jahres.

(3) Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 1995 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der

sumption of the controlled substances in Group I of Annex A does not exceed, annually, fifty per cent of its calculated level of consumption in 1986. Each Party producing one or more of these substances shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substances does not exceed, annually, fifty per cent of its calculated level of production in 1986. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to ten per cent of its calculated level of production in 1986.

4. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 1997, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances in Group I of Annex A does not exceed, annually, fifteen per cent of its calculated level of consumption in 1986. Each Party producing one or more of these substances shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substances does not exceed, annually, fifteen per cent of its calculated level of production in 1986. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to ten per cent of its calculated level of production in 1986.

5. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2000, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances in Group I of Annex A does not exceed zero. Each Party producing one or more of these substances shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substances does not exceed zero. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to fifteen per cent of its calculated level of production in 1986.

6. In 1992, the Parties will review the situation with the objective of accelerating the reduction schedule.

B. Article 2B: Halons

Paragraph 2 of Article 2 of the Protocol shall be replaced by the following paragraphs, which shall be numbered paragraphs 1 to 4 of Article 2B:

Article 2B: Halons

1. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 1992, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances in

niveau calculé de consommation des substances réglementées du Groupe I de l'annexe A n'excède pas annuellement cinquante pour cent de son niveau calculé de consommation de 1986. Chaque Partie produisant une ou plusieurs de ces substances veille, pendant les mêmes périodes, à ce que son niveau calculé de production de ces substances n'excède pas annuellement cinquante pour cent de son niveau calculé de production de 1986. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de dix pour cent de son niveau calculé de production de 1986.

4. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 1997 et, ensuite, pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation des substances réglementées du Groupe I de l'annexe A n'excède pas annuellement quinze pour cent de son niveau calculé de consommation de 1986. Chaque Partie produisant une ou plusieurs de ces substances veille, pendant les mêmes périodes, à ce que son niveau calculé de production de ces substances n'excède pas annuellement quinze pour cent de son niveau calculé de production de 1986. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de dix pour cent de son niveau calculé de production de 1986.

5. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 2000 et, ensuite, pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation des substances réglementées du Groupe I de l'annexe A soit réduit à zéro. Chaque Partie produisant une ou plusieurs de ces substances veille, pendant les mêmes périodes, à ce que son niveau calculé de production de ces substances soit réduit à zéro. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de quinze pour cent de son niveau calculé de production de 1986.

6. En 1992, les Parties examineront la situation en vue d'accélérer les mesures de réduction prévues dans le calendrier.

B. Article 2B – Halons

Les paragraphes ci-après remplaceront en tant que paragraphes 1–4 de l'article 2B le paragraphe 2 de l'article 2 du Protocole:

Article 2B – Halons

1. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 1992 et ensuite, pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation des subs-

berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage A jährlich 50 v.H. desjenigen von 1986 nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die einen oder mehrere dieser Stoffe herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, daß der berechnete Umfang ihrer Produktion dieser Stoffe jährlich 50 v.H. desjenigen von 1986 nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 10 v.H. desjenigen von 1986 übersteigen.

(4) Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 1997 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage A jährlich 15 v.H. desjenigen von 1986 nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die einen oder mehrere dieser Stoffe herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, daß der berechnete Umfang ihrer Produktion dieser Stoffe jährlich 15 v.H. desjenigen von 1986 nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 10 v.H. desjenigen von 1986 übersteigen.

(5) Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2000 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe I der Anlage A Null nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die einen oder mehrere dieser Stoffe herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, daß der berechnete Umfang ihrer Produktion dieser Stoffe Null nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 15 v.H. desjenigen von 1986 übersteigen.

(6) 1992 werden die Vertragsparteien die Lage überprüfen mit dem Ziel, den Verringerungszeitplan zu straffen.

B. Artikel 2B: Halone

Absatz 2 des Artikels 2 des Protokolls wird durch die folgenden Absätze ersetzt, die Absätze 1 bis 4 des Artikels 2B werden:

Artikel 2B: Halone

(1) Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 1992 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der

Group II of Annex A does not exceed, annually, its calculated level of consumption in 1986. Each Party producing one or more of these substances shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substances does not exceed, annually, its calculated level of production in 1986. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to ten per cent of its calculated level of production in 1986.

2. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 1995, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances in Group II of Annex A does not exceed, annually, fifty per cent of its calculated level of consumption in 1986. Each Party producing one or more of these substances shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substances does not exceed, annually, fifty per cent of its calculated level of production in 1986. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to ten per cent of its calculated level of production in 1986. This paragraph will apply save to the extent that the Parties decide to permit the level of production or consumption that is necessary to satisfy essential uses for which no adequate alternatives are available.

3. Each Party shall ensure that for the twelve-month period commencing on 1 January 2000, and in each twelve-month period thereafter, its calculated level of consumption of the controlled substances in Group II of Annex A does not exceed zero. Each Party producing one or more of these substances shall, for the same periods, ensure that its calculated level of production of the substances does not exceed zero. However, in order to satisfy the basic domestic needs of the Parties operating under paragraph 1 of Article 5, its calculated level of production may exceed that limit by up to fifteen per cent of its calculated level of production in 1986. This paragraph will apply save to the extent that the Parties decide to permit the level of production or consumption that is necessary to satisfy essential uses for which no adequate alternatives are available.

4. By 1 January 1993, the Parties shall adopt a decision identifying essential uses, if any, for the purposes of paragraphs 2 and 3 of this Article. Such decision shall be reviewed by the Parties at their subsequent meetings.

tances réglementées du Groupe II de l'annexe A n'excède pas annuellement son niveau calculé de consommation de 1986. Chaque partie produisant une ou plusieurs de ces substances veille à ce que, pendant les mêmes périodes, son niveau calculé de production de ces substances n'excède pas son niveau de production de 1986. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de dix pour cent de son niveau calculé de production de 1986.

2. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 1995 et ensuite, pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation des substances réglementées du Groupe II de l'annexe A n'excède pas annuellement cinquante pour cent de son niveau calculé de consommation de 1986. Chaque Partie produisant une ou plusieurs de ces substances veille, pendant ces mêmes périodes, à ce que son niveau calculé de production de ces substances n'excède pas annuellement cinquante pour cent de son niveau calculé de production de 1986. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de dix pour cent de son niveau calculé de production de 1986. Le présent paragraphe s'appliquera sauf si les parties décident d'autoriser le niveau de production ou de consommation qui est nécessaire pour répondre à leurs besoins en utilisations essentielles pour lesquelles il n'existe pas de solution de remplacement satisfaisante.

3. Pendant la période de douze mois commençant le 1^{er} janvier 2000 et ensuite, pendant chaque période de douze mois, chacune des Parties veille à ce que son niveau calculé de consommation des substances réglementées du Groupe II de l'annexe A soit réduit à zéro. Chaque Partie produisant une ou plusieurs de ces substances veille à ce que, pendant les mêmes périodes, son niveau calculé de production de ces substances soit réduit à zéro. Toutefois, pour répondre aux besoins intérieurs fondamentaux des Parties visées au paragraphe 1 de l'article 5, son niveau calculé de production peut excéder cette limite d'un maximum de quinze pour cent de son niveau calculé de production de 1986. Le présent paragraphe s'appliquera sauf si les Parties décident d'autoriser le niveau de production ou de consommation qui est nécessaire pour répondre à leurs besoins en utilisations essentielles pour lesquelles il n'existe pas de solution de remplacement satisfaisante.

4. D'ici le 1^{er} janvier 1993, les Parties adopteront une décision déterminant, s'il y a lieu, les utilisations essentielles aux fins des paragraphes 2 et 3 du présent article. Cette décision sera réexaminée par les Parties lors de leurs réunions ultérieures.

geregelten Stoffe in Gruppe II der Anlage A jährlich denjenigen von 1986 nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die einen oder mehrere dieser Stoffe herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, daß der berechnete Umfang ihrer Produktion dieser Stoffe jährlich denjenigen von 1986 nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 10 v.H. desjenigen von 1986 übersteigen.

(2) Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 1995 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe II der Anlage A jährlich 50 v.H. desjenigen von 1986 nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die einen oder mehrere dieser Stoffe herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, daß der berechnete Umfang ihrer Produktion dieser Stoffe jährlich 50 v.H. desjenigen von 1986 nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 10 v.H. desjenigen von 1986 übersteigen. Dieser Absatz findet Anwendung, soweit nicht die Vertragsparteien beschließen, den Umfang der Produktion oder des Verbrauchs zu gestatten, der zur Erfüllung wesentlicher Zwecke notwendig ist, für die keine angemessenen Alternativen verfügbar sind.

(3) Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß während des Zeitraums von zwölf Monaten, der am 1. Januar 2000 beginnt, und in jedem Zwölfmonatszeitraum danach der berechnete Umfang ihres Verbrauchs der geregelten Stoffe in Gruppe II der Anlage A Null nicht übersteigt. Jede Vertragspartei, die einen oder mehrere dieser Stoffe herstellt, sorgt während derselben Zeiträume dafür, daß der berechnete Umfang ihrer Produktion dieser Stoffe Null nicht übersteigt. Zur Befriedigung der grundlegenden nationalen Bedürfnisse der in Artikel 5 Absatz 1 bezeichneten Vertragsparteien kann jedoch der berechnete Umfang ihrer Produktion diese Grenze um bis zu 15 v.H. desjenigen von 1986 übersteigen. Dieser Absatz findet Anwendung, soweit nicht die Vertragsparteien beschließen, den Umfang der Produktion oder des Verbrauchs zu gestatten, der zur Erfüllung wesentlicher Zwecke notwendig ist, für die keine angemessenen Alternativen verfügbar sind.

(4) Bis zum 1. Januar 1993 nehmen die Vertragsparteien einen Beschluß an, in dem etwaige wesentliche Zwecke im Sinne der Absätze 2 und 3 festgelegt werden. Dieser Beschluß wird von den Vertragsparteien auf ihren folgenden Tagungen überprüft.

Denkschrift**zu der am 29. Juni 1990 beschlossenen Änderung und
den am 29. Juni 1990 beschlossenen Anpassungen zum Montrealer Protokoll****Allgemeines**

- I. Am 22. März 1985 haben in Wien 21 an dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) beteiligte Staaten das „Übereinkommen zum Schutz der Ozonschicht“ unterzeichnet, darunter die Bundesrepublik Deutschland und 6 weitere Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften sowie die Gemeinschaft selbst. Der Deutsche Bundestag hat dem Übereinkommen mit Gesetz vom 26. September 1988 (BGBl. 1988 II S. 901) zugestimmt. In dem Übereinkommen haben sich die Vertragsparteien verpflichtet, im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten geeignete Rechts- und Verwaltungsmaßnahmen zu ergreifen, um die menschliche Gesundheit und die Umwelt vor schädlichen Auswirkungen von Tätigkeiten zu schützen, die zu einer Veränderung der Ozonschicht führen können. Außerdem übernehmen die Vertragsparteien die Pflicht zur Zusammenarbeit auf den Gebieten der Forschung, der systematischen Beobachtungen und des Informationsaustauschs. Diese im Grundsatz festgelegten Verpflichtungen bedürfen der näheren Konkretisierung in Folgevereinbarungen, die in Form von Protokollen erfolgen sollen. Die Beschlußfassung über die Protokolle hat in der aufgrund des Übereinkommens eingesetzten „Konferenz der Vertragsstaaten“ zu erfolgen.

In Ausfüllung des Wiener Übereinkommens unterzeichneten am 16. September 1987 in Montreal die Bundesrepublik Deutschland gemeinsam mit der EG und 23 weiteren Vertragsstaaten das „Montrealer Protokoll über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen“. Das Protokoll, dem der Bundestag mit Gesetz vom 9. November 1988 (BGBl. 1988 II S. 1014) zugestimmt hat, ist am 1. Januar 1989 in Kraft getreten. Das Vertragswerk ist inzwischen (Stand: Juni 1991) von 71 Staaten und der EG ratifiziert worden. Das ursprüngliche Protokoll sah eine stufenweise Verringerung der Produktion und des Verbrauchs der wichtigsten FCKW und Halone um insgesamt 50 % bis 1999 vor.

Die Umsetzung des Protokolls erfolgte in den EG-Mitgliedstaaten durch die unmittelbar geltende Verordnung (EWG) Nr. 3322/88 des Rates vom 14. Oktober 1988 (ABl. EG Nr. L 297 vom 31. Oktober 1988), die vom 1. Januar 1989 bis zum 1. Juli 1991 in Kraft war und durch die Verordnung (EWG) Nr. 594/91 des Rates vom 4. März 1991 (ABl. EG Nr. L 67/1 vom 14. März 1991) abgelöst worden ist.

- II. Nach neueren wissenschaftlichen Erkenntnissen reichen die im Montrealer Protokoll vorgesehenen Maßnahmen nicht aus, schädliche Veränderungen der Ozonschicht und des Klimas zu verhindern. Im Lichte dieser Erkenntnisse haben die Vertragsparteien anläßlich ihrer Zweiten Vertragsstaatenkonferenz vom

27. bis 29. Juni 1990 in London zusätzliche Maßnahmen zum Schutz der Ozonschicht ergriffen.

Am 29. Juni 1990 wurden deshalb

1. eine Änderung und
 2. Anpassungen
- des Montrealer Protokolls beschlossen.

Die deutschen Übersetzungen der Anpassungen und der Änderung wurden während einer Übersetzungskonferenz am 22. April 1991 in Wien zwischen Österreich, der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland abgestimmt.

Die Anpassungen verschärfen die ursprüngliche Regelung des Protokolls – Reduktion um 50 % bis 1998/99 – dahingehend, daß Produktion und Verbrauch der bisher vom Montrealer Protokoll erfaßten FCKW und Halone bis zum 1. Januar 2000 stufenweise eingestellt werden. Die Anpassungen zum Protokoll sind am 7. März 1991 völkerrechtlich in Kraft getreten.

Die Anpassungen führen im einzelnen zu folgenden Verschärfungen:

Für die in Anlage A Gruppe I erfaßten FCKW wurde folgender Reduzierungsplan festgelegt:

- Ab 1. Juli 1991:
Einfrieren von Produktion und Verbrauch (Basisjahr 1986),
- Ab 1. Januar 1995:
Reduktion von Produktion und Verbrauch um 50 %,
- Ab 1. Januar 1997:
Reduktion von Produktion und Verbrauch um 75 %,
- Ab 1. Januar 2000:
Reduktion von Produktion und Verbrauch um 100 %.

Für die in Anlage A Gruppe II enthaltenen Halone gelten folgende Ausstiegspflichten:

- Ab 1. Januar 1992:
Einfrieren der Produktion und des Verbrauchs (Basisjahr 1986),
- Ab 1. Januar 1995:
Reduktion von Produktion und Verbrauch um 50 %,
- Ab 1. Januar 2000:
Reduktion von Produktion und Verbrauch um 100 %.

Mit der Änderung des Protokolls werden weitere ozonschichtschädigende Stoffe in das Montrealer Protokoll aufgenommen, der Finanzierungsmechanismus durch die Einführung eines multilateralen Fonds ausgestaltet sowie weitere Änderungen vorgenommen. Die Änderung des Montrealer Protokolls soll am 1. Januar

1992 in Kraft treten, vorausgesetzt, es sind insgesamt mindestens 20 Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden hinterlegt. Bisher haben zwei Staaten die Änderung des Protokolls ratifiziert (Stand: Juni 1991). Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften und die Bundesregierung werden dazu beitragen, daß die Änderung des Protokolls rechtzeitig von der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten ratifiziert werden und völkerrechtlich in Kraft treten kann. Die Änderung des Protokolls bringt im einzelnen folgende Verschärfungen:

Aufnahme von 10 weiteren vollhalogenierten FCKW mit folgenden Ausstiegsfristen:

- Ab 1. Januar 1993:
Reduktion von Produktion und Verbrauch um 20 % (Basisjahr: 1989),
- Ab 1. Januar 1997:
Reduktion von Produktion und Verbrauch um 85 %,
- Ab 1. Januar 2000:
Reduktion von Produktion und Verbrauch um 100 %.

Für Tetrachlorkohlenstoff gilt folgender Reduktionsplan:

- Ab 1. Januar 1991:
Reduktion von Produktion und Verbrauch um 85 % (Basisjahr 1989),
- 1. Januar 2000:
Reduktion von Produktion und Verbrauch um 100 %.

Für das ebenfalls neu einbezogene Methylchloroform gilt:

- Ab 1. Januar 1993:
Einfrieren von Produktion und Verbrauch (Basisjahr 1989),
- Ab 1. Januar 1995:
Reduktion von Produktion und Verbrauch um 30 %,
- Ab 1. Januar 2000:
Reduktion von Produktion und Verbrauch um 70 %,
- Ab 1. Januar 2005:
Reduktion von Produktion und Verbrauch um 100 %.

Außerdem wurden 33 teilhalogenierte FCKW, darunter R 22, unter der Kategorie „Übergangsstoffe“ in das Protokoll aufgenommen. Diese Stoffe sollen gemäß einer in London gefaßten Resolution nur unter Beachtung bestimmter Richtlinien verwendet werden.

Schließlich beschlossen die Vertragsstaaten einen internationalen Fonds, um den Staaten der Dritten Welt bei der Einführung FCKW-freier Technologien zu helfen. Der Fonds wird in den ersten drei Jahren (1991 bis 1993) mit einem Kapital von derzeit 200 Mio. US-Dollar ausgestattet. 11,02 % dieser Summe zahlt die Bundesrepublik Deutschland ein, orientiert an ihrem Beitragssatz zu den Vereinten Nationen.

- III. Zur EG-einheitlichen Umsetzung der Anpassungen und der Änderung zum Montrealer Protokoll hat der Rat der Europäischen Gemeinschaften die vor-

genannte Verordnung (EWG) Nr. 594/91 vom 4. März 1991 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, erlassen (ABl. EG Nr. L 67/1 vom 14. März 1991). Die Verordnung ist bereits am 15. März 1991 in Kraft getreten. Sie regelt das Angebot an FCKW, Halonen, Tetrachlorkohlenstoff und Methylchloroform durch die Begrenzung von Einfuhr, Produktion, Verkauf und Verwendung in der Gemeinschaft.

Während das geänderte und angepaßte Montrealer Protokoll einen abgestuften Ausstieg bis zum Jahre 2000 vorsieht, legt die Verordnung für die EG-Mitgliedstaaten in weiten Bereichen mit dem 30. Juni 1997 einen wesentlich kurzfristigeren Ausstiegstermin fest.

- IV. Zusätzlich zu den auf internationaler Ebene getroffenen Regelungen hat die Bundesregierung mit der „Verordnung zum Verbot von bestimmten der Ozonschicht abbauenden Halogenkohlenwasserstoffen (FCKW-Halon-Verbots-Verordnung) vom 6. Mai 1991 (BGBl. I S. 1090) Maßnahmen im innerstaatlichen Bereich ergriffen, die deutlich über die Verpflichtungen der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls sowie über die Regelungen der Verordnung (EWG) Nr. 594/91 hinausgehen, da die Reduktionsfristen im Vergleich zum Montrealer Protokoll erheblich verkürzt wurden. Darüber hinaus wurde der international bisher nicht geregelte Stoff R 22 in die nationale Verbotsverordnung einbezogen.

Die Bundesrepublik Deutschland leistet mit dieser Verordnung einen ihrer Verantwortung und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit angemessenen Beitrag zur Lösung der weltweiten Ozonproblematik.

Besonderes Änderung

Artikel 1 (Änderungen)

Zu A (Präambelsätze)

1. Die Änderung des 6. Präambelsatzes bringt den Willen der Vertragsparteien zum Ausdruck, daß in dem Prozeß der Beseitigung ozonschichtabbauender Stoffe neben technischen und wirtschaftlichen Erwägungen in gleichem Maße die besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsländer zu berücksichtigen sind.
2. Die Ergänzung des 7. Präambelsatzes verdeutlicht, daß zu den Maßnahmen, die zur Erleichterung des Verzichts auf ozonschichtabbauende Stoffe in den Entwicklungsländern notwendig sind, auch die Bereitstellung weiterer finanzieller und technischer Hilfen für diese Länder durch die Industrienationen gehört.
3. Durch die Änderung des 9. Präambelsatzes wird klargestellt, daß es sich bei der erwähnten Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung um die Erforschung, Entwicklung und Weitergabe alternativer Technologien handelt.

Zu B (Artikel 1)

1. Mit der Einfügung der Worte „oder in Anlage B“ erfolgt in Artikel 1 Nr. 4 die wegen der Aufnahme einer neuen Anlage B in das Montrealer Protokoll notwendige redaktionelle Anpassung der Definition des Begriffs

„geregelter Stoff“. Außerdem wird bestimmt, daß der Begriff „geregelter Stoff“ auch die Isomere eines solchen Stoffes umfaßt, soweit in den Anlagen nichts anderes geregelt ist.

2. Die Ergänzung der Definition des Begriffs „Produktion“ stellt sicher, daß geregelte Stoffe, die lediglich als Zwischenprodukt zur Herstellung anderer Stoffe verwendet werden, nicht zur Produktion gehören.
3. Nach der neu angefügten Nummer 9 des Artikels 1 sind „Übergangsstoffe“ solche Stoffe, die in der neu in das Protokoll aufgenommenen Anlage C enthalten sind. Im übrigen entspricht die Definition der Definition des Begriffs „geregelter Stoff“ in Nummer 1 des Artikels 1. Die Anlage C enthält insgesamt 33 teilhalogenierte Stoffe, deren Ozonabbaupotential wesentlich geringer ist als dasjenige der in den Anlagen A und B aufgelisteten Stoffe. Die Aufnahme dieser Stoffe in den Anhang erfolgte nicht aufgrund eines formellen Beschlusses zur Ergänzung des Protokolls, sondern durch eine Entscheidung der auf der Konferenz vertretenen Vertragsparteien. Die Entscheidung bezweckt die Beachtung bestimmter Richtlinien:

- Verwendung nur, falls umweltfreundlichere Ersatzstoffe oder Technologien nicht vorhanden sind;
- keine Verwendung außerhalb der gegenwärtigen Verwendungsbereiche, ausgenommen zum Schutz von Leben und Gesundheit des Menschen;
- Übergangsstoffe sollen in einer die Ozonschicht geringstmöglich schädigenden Weise eingesetzt werden, unter Berücksichtigung auch von anderen Umweltschutz- sowie Sicherheits- und wirtschaftlichen Gesichtspunkten;
- Emissionskontrollsysteme, Rückgewinnung und Wiederverwendung sollen, soweit möglich, eingesetzt werden;
- Sammlung und sorgfältige Vernichtung nach endgültiger Anwendung.

Nicht später als bis zum Jahr 2040, möglichst aber schon bis zum Jahr 2020, sollen die Übergangsstoffe durch umweltverträglichere und nicht ozonschichtabbauende Stoffe ersetzt werden.

Zu C (Artikel 2 Abs. 5)

Mit dieser Änderung wird die Möglichkeit, Produktionskapazitäten zwischen den Vertragsparteien zu übertragen, erleichtert. Die bisherigen Voraussetzungen des Transfers, daß eine der Beteiligten Vertragsparteien eine Jahresproduktionsmenge von 20 000 t nicht überschreitet und daß die Übertragung der Produktionsrechte zum Zwecke der industriellen Rationalisierung erfolgt, entfallen. Die Übertragungsmöglichkeit von Produktionsrechten gilt auch für die neu in das Protokoll aufgenommenen Stoffe.

Zu D: (Artikel 2 Abs. 6)

Hier wird klargestellt, daß es sich entsprechend der in Artikel 1 Nr. 4 des Protokolls geänderten Definition des Begriffs „geregelter Stoff“ um Stoffe handelt, die in den Anlagen A und B aufgeführt sind.

Zu E: (Artikel 2 Abs. 8 Buchstabe a)

Es handelt sich um eine wegen der Einfügung der Artikel 2 A bis 2 E notwendige redaktionelle Folgeänderung.

Zu F, G, H und I:

Durch diese Änderungen werden die in der Verordnungsermächtigung in Artikel 2 des Gesetzes zu dem Montrealer Protokoll vom 16. September 1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, vom 9. November 1988 in Bezug genommenen Regelungen (Artikel 2 Abs. 9 und 10 des Montrealer Protokolls) geändert.

Zu F: (Artikel 2 Abs. 9 Buchstabe a Nr. i)

Diese Änderung erfolgte wegen der Aufnahme der in Anlage B genannten Stoffe in das Protokoll.

Zu G: (Artikel 2 Abs. 9 Buchstabe a Nr. ii)

Die Worte „gegenüber dem Umfang von 1986“ sind zu streichen, da für die neu eingefügten Stoffe in Art. 2 C bis 2 E der Umfang der Jahresproduktion eines anderen Bezugsjahres zugrunde gelegt wird.

Zu H: (Artikel 2 Abs. 9 Buchstabe c)

Das Beschlußverfahren des Artikels 2 Abs. 9 wird dergestalt modifiziert, daß zur Annahme eines Beschlusses nicht mehr eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien erforderlich ist, die mindestens 50% des Gesamtverbrauchs der Vertragsparteien an geregelten Stoffen repräsentieren. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit darf nunmehr mit solchen Parteien zustande kommen, die eine Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Entwicklungsländer mit geringfügigem Verbrauch ozonschichtabbauender Stoffe und eine Mehrheit von anwesenden und abstimmenden Staaten, die nicht dieser Kategorie angehören, vertreten. Diese Regelung soll einen gerechten Ausgleich der oft unterschiedlichen Interessen von Industrieländern und Entwicklungsländern gewährleisten.

Zu I: (Artikel 2 Abs. 10 Buchstabe b)

Die Inkrafttretensvorschrift des Artikels 2 Abs. 10 wird aufgehoben. Dies hat zur Folge, daß die Inkrafttretensvorschrift in Artikel 2 Abs. 9 Buchstabe d Satz 2 gemäß Artikel 2 Abs. 10 auch auf Beschlüsse des Absatzes 10 Anwendung findet.

Zu J: (Artikel 2 Abs. 11)

Es handelt sich um wegen der Einfügung der Artikel 2 A bis 2 E notwendige Folgeänderungen.

Zu K: (Artikel 2 C)

Mit der Einfügung des Artikels 2 C werden 10 weitere vollhalogenierte FCKW mit einem Ozonabbaupotential von je 1,0 vom Montrealer Protokoll erfaßt. Es handelt sich um folgende, in der Gruppe I der neuen Anlage B genannte Stoffe: R 13, R 111, R 112, R 211, R 212, R 213, R 214, R 215, R 216 und R 217.

Absatz 1 verpflichtet die Vertragsparteien ab dem 1. Januar 1993 zur Rückführung des Verbrauchs und der Produktion dieser Stoffe auf 80% ihres Verbrauchs- und Produktionsniveaus des Jahres 1989. Zur Erfüllung grundlegender nationaler Bedürfnisse der Entwicklungsländer mit einem geringeren jährlichen Pro-Kopf-Verbrauch als 0,3 kg der in Anlage A enthaltenen Stoffe wird diesen Ländern gestattet, den berechneten Umfang ihrer zulässigen

gen Jahresproduktion um 10% der Jahresproduktion des Basisjahres 1989 zu übersteigen.

In Absatz 2 wird eine Reduktion auf 15% des Produktions- und Verbrauchsniveaus des Jahres 1989 ab dem 1. Januar 1997 verlangt.

Absatz 3 enthält die Verpflichtung, Produktion und Verbrauch ab dem 1. Januar 2000 vollständig einzustellen.

Um den Bedürfnissen der Entwicklungsländer Rechnung zu tragen, enthalten auch die Absätze 2 und 3 jeweils Ausnahmeregelungen, wonach der berechnete Produktionsumfang denjenigen des Basisjahres 1989 um 10% (Absatz 2) bzw. 15% (Absatz 3) übersteigen darf.

Zu L: (Artikel 2 D)

Tetrachlorkohlenstoff mit einem Ozonabbaupotential von 1,1 wird ebenfalls neu in das Protokoll aufgenommen (Anlage B, Gruppe II).

Absatz 1 sieht vor, daß der Zwölfmonatszeitraum, während dem die jährlichen Verbrauchs- und Produktionsmengen von Tetrachlorkohlenstoff auf 15% der Verbrauchs- und Produktionskapazität des Basisjahres 1989 reduziert werden müssen, am 1. Januar 1995 beginnt.

Nach Absatz 2 sind Produktion und Verbrauch von Tetrachlorkohlenstoff ab dem 1. Januar 2000 vollständig einzustellen.

Den Entwicklungsländern mit niedriger FCKW-Produktion wird auch hier die Möglichkeit eingeräumt, den berechtigten Produktions- und Verbrauchsumfang um 10% (Absatz 1) bzw. 15% (Absatz 2) gegenüber dem des Basisjahres 1989 zu überziehen.

Zu M: (Artikel 2 E)

Hinsichtlich des ebenfalls neu in das Montrealer Protokoll einbezogenen Stoffes 1,1,1-Trichlorethan (Methylchloroform), dessen Ozonabbaupotential bei 0,1 liegt (Anlage B, Gruppe III), sind die Vertragsparteien nach Artikel 2 E Abs. 1 verpflichtet, Verbrauch und Produktion ab dem 1. Januar 1993 auf dem jeweiligen Stand der Verbrauchs- und Produktionsmengen des Jahres 1989 einzufrieren.

In Absatz 2 wird den Vertragsstaaten eine Reduktion des Verbrauchs- und Produktionsumfangs ab dem 1. Januar 1995 auf 70% und in Absatz 3 eine Reduktion ab dem 1. Januar 2000 auf 30% des Verbrauchs- und Produktionsvolumens des Jahres 1989 auferlegt.

Absatz 4 regelt die endgültige Verbrauchs- und Produktionseinstellung ab dem 1. Januar 2005.

Entwicklungsländer mit niedriger FCKW- und Halon-Produktion dürfen die in Absätzen 1 bis 3 festgelegten zulässigen Produktionsmengen zur Befriedigung grundlegender nationaler Bedürfnisse um 10% der Produktionsmenge des Jahres 1989 übersteigen. Ab dem Jahre 2005 dürfen die Länder einen Produktionsumfang aufrechterhalten, der 15% desjenigen des Jahres 1989 nicht übersteigt.

Absatz 5 verpflichtet die Vertragsparteien, spätestens 1992 die Möglichkeit einer Verschärfung des in Artikel 2 E festgelegten Reduktionsplans zu überprüfen.

Zu N: (Artikel 3)

Es handelt sich um durch die Einfügung der Artikel 2 A bis 2 E bedingte redaktionelle Folgeänderungen.

Zu O: (Artikel 4)

Neben geringfügigen Modifikationen der bestehenden Regelung werden die in das Protokoll aufgenommenen Stoffe der Anlage B mit dieser Änderung in die Regelungen über Handelsbeziehungen zwischen Vertrags- und Nichtvertragsparteien einbezogen.

Die Neufassung des Absatzes 1 ist inhaltsgleich der alten Fassung.

Absatz 1bis verpflichtet die Vertragsparteien, innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Vorschrift, also voraussichtlich während des Jahres 1992, Importe der neu in das Protokoll aufgenommenen und in Anlage B aufgeführten Stoffe aus Nichtvertragsstaaten zu verbieten.

Der neue Absatz 2 dehnt die bislang nur für Entwicklungsländer bestehende Verpflichtung, Ausfuhren der in Anlage A aufgeführten Stoffe in Nichtvertragsstaaten zu verbieten, auf alle Vertragsparteien aus.

Nach Absatz 2bis sind Ausfuhren der Stoffe der Anlage B in Nichtvertragsstaaten ein Jahr nach Inkrafttreten der Vorschrift, also voraussichtlich zum 1. Januar 1993, zu verbieten.

Die neue und alte Fassung des Absatzes 3 sind inhaltsgleich.

Absatz 3bis erweitert die in Absatz 3 enthaltene Verpflichtung folgerichtig auf Erzeugnisse aus, die die neu in das Protokoll aufgenommenen Stoffe der Anlage B enthalten. Eine Liste dieser Erzeugnisse ist von den Vertragsparteien innerhalb von 3 Jahren nach Inkrafttreten dieses Absatzes, also voraussichtlich bis zum 1. Januar 1995, zu erarbeiten.

Absatz 4 bleibt inhaltlich unverändert.

Absatz 4bis begründet die Verpflichtung, die Möglichkeit von Beschränkungen und Verboten von Importen aus Nichtvertragsstaaten auch für solche Erzeugnisse zu überprüfen, die mit Stoffen der Anlage B hergestellt worden sind, diese Stoffe aber nicht enthalten.

Die in Absatz 5 enthaltene generelle Verpflichtung, der Ausfuhr von Herstellungs- und Verwendungstechnologie in Nichtvertragsstaaten entgegenzuwirken, erfährt in der Neufassung des Absatzes lediglich eine geringfügige sprachliche Veränderung.

Absatz 8 wird durch diese Änderung an die Einfügung der Absätze 1bis, 3bis, 4bis in den Artikel 4 sowie die Aufnahme der Artikel 2 A bis 2 E in das Protokoll angepaßt. Außerdem wird Absatz 8 dergestalt erweitert, daß neben den Einfuhren auch die in den Absätzen 2 und 2bis geregelten Ausfuhren in Nichtvertragsstaaten ausnahmsweise zugelassen werden, soweit die Beschränkungen und Verpflichtungen aus den Artikeln 2, 2 A bis 2 E, 4 und 7 beachtet werden.

Absatz 9 enthält eine Definition des Begriffs „Staat, der nicht Vertragspartei des Protokolls ist“ speziell für die Verwendung dieses Begriffs in Artikel 4. Unter den Begriff sind demnach auch Staaten oder Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration zu fassen, die zwar Vertragsstaaten des Protokolls sind, die sich aber ausdrücklich dagegen gewandt haben, durch die Beschränkungsregelung für einen bestimmten Stoff gebunden zu sein.

Zu P: (Artikel 5)

Der Regelungsgehalt der neuen Absätze 1 bis 3 entspricht dem Regelungsgehalt des alten Absatzes 1 unter Berück-

sichtigung der neu in das Protokoll aufgenommenen Stoffe der Anlage B und der geänderten Regulationsmaßnahmen in den Artikeln 2 und 2 A bis 2 E.

Der neue Absatz 2 bestimmt, daß zusätzliche Voraussetzung für die in Absatz 1 vorgesehene Suspendierungsmöglichkeit der Vertragspflichten die Einhaltung eines maximalen Pro-Kopf-Verbrauchs von 0,2 kg an Stoffen der Anlage B jährlich ist.

In Absatz 3 ist zusätzlich zu dem Verfahren zur Berechnung des Pro-Kopf-Verbrauchs von Stoffen der Anlage A ein Berechnungsverfahren des Pro-Kopf-Verbrauchs von Stoffen der Anlage B festgelegt worden. Der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch kann demnach aus dem Durchschnitt der Jahre 1998 bis 2000 berechnet werden. Falls dieser Wert größer als 0,2 kg ist, kann auch ein Richtwert von 0,2 kg zugrunde gelegt werden.

Nach Absatz 4 kann eine in Artikel 5 Abs. 1 bezeichnete Vertragspartei (Entwicklungsland mit jährlichem Pro-Kopf-Verbrauch unter 0,3 kg an Stoffen der Anlage A), soweit die in den Artikeln 2 A bis 2 E enthaltenen Verpflichtungen für sie noch nicht in Kraft getreten sind, dem Sekretariat mitteilen, daß die Versorgung des Landes mit Stoffen, die in den Anlagen A und B enthalten sind, nicht ausreichend ist. Die Vertragsparteien beschließen dann diesbezüglich auf ihrer nächsten Tagung geeignete Maßnahmen.

Absatz 5 verdeutlicht nochmals die für die Einhaltung der entsprechenden Reduzierungsregelungen des Protokolls bestehende Abhängigkeit der in Artikel 5 Abs. 1 bezeichneten Entwicklungsländer von der internationalen finanziellen Zusammenarbeit (Artikel 10) und der Weitergabe von Technologie (Artikel 10 A).

Gelingt es einem der in Artikel 5 Abs. 1 bezeichneten Entwicklungsländer trotz außerordentlicher Anstrengungen nicht, die Reduzierungsverpflichtungen des Protokolls einzuhalten, weil die nach den Artikeln 10 und 10 A durch die anderen Vertragsparteien durchzuführenden Schritte nicht unternommen wurden, kann dieser Umstand gemäß Absatz 6 ebenfalls dem Sekretariat notifiziert werden. Auch in einem solchen Fall ist es Aufgabe der Vertragsparteien, auf ihrer nächsten Tagung geeignete Maßnahmen zu beschließen.

Absatz 7 bestimmt, daß gegen ein in Artikel 5 Abs. 1 bezeichnetes Entwicklungsland, die in Artikel 8 vorgesehenen Verfahren wegen Nichteinhaltung von Vertragspflichten nicht eingeleitet werden dürfen, wenn dieses Entwicklungsland zuvor eine Notifizierung nach Absatz 6 vorgenommen und die nächste Tagung der Vertragsparteien noch nicht befunden hat bzw. auf der Tagung ein Beschluß gefaßt worden ist, daß die Sanktionierung für einen bestimmten Zeitraum auszusetzen ist.

Absatz 8 verpflichtet die Vertragsparteien, die Lage der in Artikel 5 Abs. 1 bezeichneten Entwicklungsländer insbesondere im Hinblick auf die finanzielle Zusammenarbeit und die Weitergabe von Technologien spätestens bis 1995 zu überprüfen und sodann ggf. Änderungen des Reduzierungsplans für diese Länder zu beschließen.

In Absatz 9 wird festgelegt, daß die in den Absätzen 4, 6 und 7 vorgesehenen Beschlüsse nach dem in Artikel 10 beschriebenen Verfahren herbeizuführen sind.

Zu Q: (Artikel 6)

Durch diese Änderungen werden die neuen Regulationsmaßnahmen in Artikel 2 A bis 2 E sowie die in Gruppe 1

der Anlage C neu in das Protokoll aufgenommenen Übergangsstoffe in die Bewertungs- und Überprüfungspflicht einbezogen.

Zu R: (Artikel 7)

Die Neufassung des Absatzes 1 entspricht inhaltlich der alten Fassung des Absatzes 1.

Absatz 2 erweitert die Verpflichtung, dem Sekretariat Daten über Produktion, Einfuhren und Ausfuhren zu übermitteln, auf Stoffe der Anlage B und der Gruppe I Anlage C. Die Übermittlung hat spätestens 3 Monate nach dem Tag zu erfolgen, an dem die im Protokoll für Stoffe der Anlage B festgelegten Bestimmungen für die jeweilige Vertragspartei in Kraft getreten sind.

Nach Absatz 3 besteht die Pflicht zur Übermittlung jährlicher Produktionsmengen bezogen auf das Jahr, in dem die Bestimmungen zu den Stoffen der Anlage B für die entsprechende Vertragspartei in Kraft getreten sind und die Folgejahre, nunmehr auch für die Stoffe, die in Anlage B und in Anlage C Gruppe I enthalten sind. Gesondert aufzuführen sind dabei Mengen, die als Ausgangsmaterial zur Herstellung anderer Stoffe verwendet werden, und Mengen von vernichteten Stoffen sowie Mengen der an Vertrags- und Nichtvertragsparteien gelieferten Stoffe oder von diesen bezogenen Stoffe.

Nach Absatz 4 sind die in den Absätzen 1, 2 und 3 festgelegten Datenübermittlungspflichten im Hinblick auf Ein- und Ausfuhren für Vertragsparteien, die Mitgliedstaaten einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration im Sinne des Artikels 1 Abs. 6 des Wiener Übereinkommens sind (z. B. die Europäischen Gemeinschaften) auch dann erfüllt, wenn nicht jeder einzelne Staat seine Daten mitteilt, sondern die betreffende Wirtschaftsorganisation Daten über ihren Handel mit Nichtvertragsstaaten zur Verfügung stellt.

Zu S: (Artikel 9)

Mit dieser Änderung erstreckt sich die Verpflichtung der Vertragsstaaten zur gemeinsamen Förderung von Forschung, Entwicklung und Informationsaustausch von bzw. über geeignete Technologien zur Minimierung geregelter Stoffe auch auf die 33 neu in das Protokoll aufgenommenen teilhalogenierten FCKW (Anlage C).

Zu T: (Artikel 10)

Der nach Artikel 10 zu etablierende Finanzierungsmechanismus hat zum Ziel, Entwicklungsländern, die hierzu aus eigener Kraft nicht im Stande sind, bei der Erfüllung ihrer Reduzierungsverpflichtungen aus dem Protokoll zu helfen. Kernstück des Finanzierungsmechanismus ist der „Multilaterale Fonds“, der von den übrigen Vertragsstaaten finanziert wird. Aus diesem Fonds sollen die den Entwicklungsländern wegen der Einhaltung der Reduzierungsverpflichtungen entstehenden Mehrkosten ersetzt werden. In welchem Umfang diese Mehrkosten berechtigt sind, wird von den Vertragsparteien festgelegt. Dieses Verfahren gewährleistet, daß der Anreiz für die Entwicklungsländer zu eigenverantwortlichem Umweltschutzhandeln nicht durch unlimitierte Kompensationszahlungen verlorengeht.

Absatz 1 begründet die generelle Verpflichtung der Vertragsparteien, einen Finanzierungsmechanismus festzulegen, um den Entwicklungsländern die Erfüllung ihrer Vertragspflichten zu ermöglichen.

Nach Absatz 2 besteht der nach Absatz 1 festzulegende Finanzierungsmechanismus aus einem Multilateralen Fonds, er kann aber auch andere Arten gegenseitiger Zusammenarbeit umfassen.

Absatz 3 beschreibt die Aufgaben des Multilateralen Fonds. Aus dem Fonds werden die den Entwicklungsländern entstehenden Mehrkosten, soweit sie zwischen den Vertragsparteien als berechnete Mehrkosten anerkannt worden sind, durch günstige Darlehen oder Zuschüsse gedeckt. Außerdem werden aus den Mitteln des Fonds die Tätigkeit einer Verrechnungsstelle sowie Sekretariatsdienste des Fonds und die damit verbundenen Kosten finanziert.

In Absatz 4 wird festgelegt, daß der Multilaterale Fonds den Vertragsparteien untersteht, die auch die auf den Fonds bezogenen politischen Entscheidungen zu treffen haben.

In Absatz 5 ist die Gründung eines Exekutivausschusses vorgesehen. Der Exekutivausschuß nimmt seine von den Vertragsparteien genauer festzulegenden Aufgaben unter Mitwirkung der Weltbank, des Umweltprogramms (UNEP) und des Entwicklungsprogramms (UNDP) der Vereinten Nationen sowie anderer fachlich geeigneter Gremien wahr. Der von der Londoner Vertragsstaatenkonferenz bereits eingesetzte Exekutivausschuß ist paritätisch besetzt und mit je 7 Mitgliedern aus Entwicklungsländern (Brasilien, Ägypten, Ghana, Jordanien, Malaysia, Mexiko und Venezuela) und Industrieländern (Kanada, Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Niederlande, Japan, USA und UdSSR). Aufgrund einer EG-internen Entscheidung erhalten die auf die Gemeinschaft entfallenden Sitze jeweils ein „großer“ und ein „kleiner“ Mitgliedstaat.

Neben der Erstellung einer Finanzierungsregelung und einer Satzung ist der Exekutivausschuß von den Vertragsstaaten auch mit der Überwachung der Fondsverwaltung, der Prüfung der Ausgaben und der Genehmigung aller Projekte über 500 000 US-Dollar Gesamtvolumen betraut worden.

In Absatz 6 ist festgelegt, daß die Finanzierung des Fonds durch die Industrieländer auf Grundlage des UN-Beitragschlüssels erfolgen soll. Gemäß Beschluß IV/8 der Zweiten Vertragsstaatenkonferenz vom 29. Juni 1990 entfällt demnach gegenwärtig auf die Bundesrepublik Deutschland ein Beitragsanteil von 11,02%. Auch Nichtindustrieländer sollen angeregt werden, ebenfalls einen Beitrag zum Fonds zu leisten. Der Fonds soll in den ersten drei Jahren (1991–1993) mit einem Finanzvolumen von 160 Mio. US-Dollar ausgestattet werden. Nach dem Beitritt von China wird der Fonds um 40 Mio. US-Dollar erhöht. Bei einem Beitritt Indiens würde der Fonds ebenfalls um 40 Mio. US-Dollar auf insgesamt 240 Mio. US-Dollar aufgestockt. Bilaterale und durch Beschluß der Vertragsparteien in besonderen Fällen vereinbarte regionale Zusammenarbeit kann unter bestimmten Voraussetzungen als Beitrag zum Fonds anerkannt werden. Auf der Zweiten Vertragsstaatenkonferenz ist für die Anrechnung bilateraler Beiträge ein Höchstsatz von 20 % festgelegt worden.

Nach Absatz 7 werden der Programmhaushalt des Fonds und die Beitragsanteile der einzelnen Vertragsparteien für jede Rechnungsperiode von den Vertragsparteien beschlossen.

Absatz 8 gewährleistet die Mitwirkung der begünstigten Vertragspartei bei der Vergabe der Mittel.

In Absatz 9 ist für Beschlüsse der Vertragsparteien ein Verfahrensmodus festgelegt, der einen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen von Entwicklungs- und Industrieländern berücksichtigt.

Absatz 10 stellt klar, daß zukünftige Regelungen zu anderen Fragen von dem durch Artikel 10 etablierten Finanzierungsmechanismus nicht berührt werden.

Zu U: (Artikel 10 A)

Artikel 10 A verpflichtet die Vertragsparteien – unter Berücksichtigung der im Rahmen des Finanzierungsmechanismus geförderten Programme – alle durchführbaren Schritte zur Sicherstellung der Übertragung von Ersatzstoffen und damit zusammenhängenden Technologien an die Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, unter gerechten und möglichst günstigen Bedingungen zu unternehmen.

Zu V: (Artikel 11)

In Artikel 11 Abs. 4 Buchstabe g erhalten die Vertragsparteien die zusätzliche Aufgabe, auf ihren Tagungen auch Bewertungen der Situation der neu in das Protokoll aufgenommenen 33 teilhalogenierten FCKW vorzunehmen.

Zu W: (Artikel 17)

Es handelt sich um eine wegen der Einfügung der Artikel 2 A bis 2 E erforderliche redaktionelle Anpassung.

Zu X: (Artikel 19)

Der neue Artikel 19 modifiziert das Rücktrittsverfahren dahingehend, daß nunmehr jede Vertragspartei 4 Jahre nachdem sie die in Artikel 2 A Abs. 1 vorgesehene Verpflichtung übernommen hat, von dem Protokoll zurücktreten kann.

Artikel 2 (Inkrafttreten)

Artikel 2 enthält die Vorschriften über das Inkrafttreten der Änderung.

Anpassungen

Zu A (Artikel 2 A)

Die bisherigen Reduzierungsregelungen für FCKW in Artikel 2 Abs. 1, 3 und 4 werden aus Artikel 2 herausgelöst und mit inhaltlichen Verschärfungen in einem neuen Artikel 2 A zusammengefaßt.

Absatz 1 des Artikels 2 A entspricht dem Absatz 1 des alten Artikels 2.

Absatz 2 verpflichtet die Vertragsparteien, Verbrauch und Produktion der in Anlage A Gruppe I enthaltenen Stoffe während des Zeitraums vom 1. Juli 1991 bis 31. Dezember 1992 auf 150 % und für jeden 12-Monatszeitraum danach auf 100 % des Verbrauchs und der Produktion des Jahres 1986 einzufrieren.

In Absatz 3 wird für diese Stoffe eine Reduzierung auf 50 % des Verbrauchs- und Produktionsniveaus des Jahres 1986 ab dem 1. Januar 1995 verlangt.

Absatz 4 enthält die Verpflichtung, daß Produktion und Verbrauch dieser FCKW ab dem 1. Januar 1997 jährlich lediglich noch 15% des Verbrauchs- und Produktionsumfanges des Jahres 1986 betragen dürfen.

Nach Absatz 5 sind Produktion und Verbrauch ab dem 1. Januar 2000 vollständig einzustellen.

Die Absätze 2 bis 4 enthalten jeweils Ausnahmeregelungen, wonach der berechnete Produktionsumfang denjenigen des Jahres 1986 um 10% (Absätze 3 und 4) bzw. 15% (Absatz 5) übersteigen darf, um den grundlegenden nationalen Bedürfnissen der Entwicklungsländer Rechnung zu tragen.

Nach Absatz 6 soll 1992 die Möglichkeit der Verkürzung der Reduzierungsfristen geprüft werden.

Zu B (Artikel 2 B)

In Artikel 2 B wird für die in Anlage A Gruppe II genannten Halone, die nach der bisherigen Regelung in Artikel 2 Abs. 2 auf ihren Produktions- und Verbrauchsmengen des Jahres 1986 eingefroren werden sollten, ebenfalls ein abgestufter Reduzierungsplan aufgestellt.

Absatz 1 verpflichtet die Vertragsparteien, Verbrauch und Produktion der in Anlage A Gruppe II genannten Halone ab dem 1. Januar 1992 auf dem Stand des Basisjahres 1986 einzufrieren.

Absatz 2 sieht vor, daß Verbrauch und Produktion dieser Halone ab dem 1. Januar 1995 50% des Verbrauchs- und Produktionsumfangs des Jahres 1986 nicht übersteigen dürfen.

Absatz 3 enthält die Verpflichtung, Produktion und Verbrauch ab dem 1. Januar 2000 vollständig einzustellen.

Die Absätze 1 bis 3 enthalten jeweils Ausnahmeregelungen, wonach der berechnete Produktionsumfang denjenigen des Jahres 1986 um 10% (Absätze 1 und 2) bzw. 15% (Absatz 3) übersteigen darf, um den grundlegenden nationalen Bedürfnissen der Entwicklungsländer Rechnung zu tragen.

In den Absätzen 2 und 3 ist außerdem vorgesehen, daß die dort festgelegten Verpflichtungen dann nicht eingehalten werden müssen, wenn die Vertragsstaaten beschließen, daß dies für wesentliche Zwecke, ohne daß hierfür angemessene Alternativen bestehen, erforderlich ist.

Gemäß Absatz 4 sind mögliche wesentliche Zwecke im Sinne der Absätze 2 und 3 von den Vertragsparteien bis zum 1. Januar 1993 durch Beschluß festzulegen.

27.09.91

Stellungnahme

des Bundesrates

zum

Entwurf eines Gesetzes zu der am 29. Juni 1990 beschlossenen
Änderung und den am 29. Juni 1990 beschlossenen Anpassungen zum
Montrealer Protokoll vom 16. September 1987 über Stoffe, die zu
einem Abbau der Ozonschicht führen

Der Bundesrat hat in seiner 634. Sitzung am 27. September 1991
gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen
den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.